



TITELTHEMA

Gegen die Abschaffung der Öffentlichkeit

Warum eine säkulare Gesellschaft kontroverse Debatten braucht

Inhalt

Editorial

Christoph Lammers

**Öffentlichkeit – Streitraum oder zu
verwaltendes Risiko?** 1

Blätterwald 38

Zündfunke 43

Buchbesprechung

John McWorther: Die Erwählten 46

Buchbesprechung

Jan-Heiner Tück (Hrsg.): Wiederkehr
der Säkularisierung? 47

Internationale Rundschau 48

Impressum 57

Titelthema:

Gegen die Abschaffung der Öffentlichkeit

Christoph Lammers

Jürgen Habermas und die Verteidigung der Vernunft5

Staat und Kirche

Ralf Kluttig-Altman

Vom Diesseits ins Abseits

Die Profanierung von Kirchengebäuden
in Sachsen-Anhalt – Gefahr für Bau-
denkmale (Teil 1) 11

Udo Endruscheit

Medizin unter Vorbehalt

Zur Entscheidung des Landes-
arbeitsgerichts Hamm im Fall
Joachim Volz 21

Prisma

Matthias Pöhl

Vom „großen Plan Gottes“ zur Kindeswohlgefährdung?

..... 23

F.F. Katterfeldt

Tradition, Familie, Privateigentum

Wie sich rechtskatholische Netz-
werke in Europa ausbreiten 29

Romo Runt

„Blasphemie“ & Co werden weltweit als Disziplinierungsinstrument einge- setzt

..... 35

Wie sieht die MIZ der Zukunft aus?

Ein Ausblick auf das Jahr 2027
in eigener Sache 40

Öffentlichkeit – Streitraum oder zu verwaltendes Risiko?



Zensur beginnt selten mit einem Verbotsschild. Sie beginnt viel häufiger mit einer (parlamentarischen) Anfrage, einer unterschwelligten Drohung, einem juristischen Hinweis, einem „muss das wirklich sein?“. Sie beginnt dort, wo politische Institutionen nicht mehr aus Überzeugung entscheiden, sondern aus Furcht vor dem nächsten Aufschrei, der nächsten Kampagne, dem nächsten Vorwurf. Und sie beginnt oft genau dann, wenn – wie das Beispiel der AfD zeigt – Ideolog*innen gelernt haben, dass sie nicht einmal mehr selbst verbieten müssen, um andere zum Schweigen zu bringen. Für Säkulare ist das keine abstrakte Dystopie, sondern eine quälende Erinnerung daran, wie zerbrechlich die Freiheit des offenen Wortes ist. Denn, wer ohne religiöse

Verblendung lebt, ist auf eine streitbare Öffentlichkeit angewiesen, in der nichts sakral geschützt, sondern alles argumentativ umkämpft bleiben darf.

Genau deshalb hat dieser alte Zensurreflex eine so unangenehme Aktualität: § 166 StGB, die Erinnerung an eine Rechtsordnung, die religiöse Gefühle nicht nur schützen, sondern Kritik unter Strafverdacht stellen kann. Man muss den Gotteslästerungsparagraphen an dieser Stelle nicht erklären, um seinen politischen Geruch zu erkennen. Er steht für ein System, in dem Mächtige festlegen, was gesagt werden darf und was als zu frech, zu freihändig, zu respektlos gilt. Wer heute über Zensur spricht, spricht nicht über museale Vergangenheit. Er spricht über ein Muster, das wiederkehrt: Kritik soll nicht widerlegt, sondern administrativ entschärft werden. Genau darin liegt für Ungläubige die Pointe des Problems. Wenn öffentliche Rede wieder stärker von Rücksicht auf Druck, Empfindlichkeiten und Machtverhältnisse bestimmt wird, dann ist die offene Auseinandersetzung nicht mehr selbstverständlich. Dann steht auch die konfessionsfreie, skeptische, religionskritische Stimme wieder am Rand.

Die autoritäre Versuchung ist dabei erstaunlich modern. Sie braucht keine Kanzel, von der gepredigt wird, keine Zensoren mit Schlapphut, keine formalen Publikationsverbote und keine großen Gesten. Sie arbeitet mit

der Infrastruktur der Verunsicherung. Die AfD hat das verstanden und übt Druck vor allem dort aus, wo demokratische Institutionen verletzlich sind: in Kommunen, Bibliotheken, Hochschulen, Stiftungen, Kulturverwaltungen. Die Methode ist simpel und wirkungsvoll zugleich. Eine Anfrage hier, eine öffentliche Empörung dort, dazu der Hinweis auf mögliche rechtliche Folgen oder die Behauptung, eine Veranstaltung verletze das Neutralitätsgebot. Schon wird aus einem Diskursangebot ein Risiko. Schon beginnt das vorauseilende Nachgeben. Schon wird aus einer offenen Entscheidung eine defensive Ausweichbewegung.

Das Gefährliche daran ist nicht nur der einzelne Eingriff, sondern die Gewöhnung an ihn. Denn Zensur wirkt nicht nur auf das betroffene Ereignis, sondern auf die gesamte Umgebung. Wenn Veranstalter*innen erleben, dass eine Lesung, ein Kongress oder ein Podium wegen politischem Druck wackelt, entsteht ein Lehrstück für alle anderen: Man kann es sich auch sparen. Genau daraus wächst Selbstzensur. Und Selbstzensur ist oft wirksamer als offenes Verbot, weil sie den Konflikt gar nicht mehr sichtbar werden lässt. Die Öffentlichkeit schrumpft, ohne dass man ihr die Türen zuschlägt. Sie lernt, sich selbst zu begrenzen. Das ist die perfideste Form der Kontrolle, weil sie sich als Vorsicht ausgibt.

Ich möchte dies anhand von drei Beispielen exemplifizieren.

Als erstes Beispiel möchte ich die von der Stadt Magdeburg zunächst abgesagte Lesung mit dem Journalisten und Aktivisten Arne Semsrott ins Feld führen. Was war passiert? Semsrott sollte am 5. Juni ursprünglich in

der Stadtbibliothek Magdeburg aus seinem Buch *Gegenmacht – Die Zivilgesellschaft schlägt zurück* lesen – die Stadtverwaltung zog die Zusage kurzfristig zurück. Als Grund für die Absage wurde politischer Druck vermutet, da die AfD zuvor eine kritische Anfrage im Stadtrat gestellt hatte. Beobachter*innen gingen davon aus, dass Stadt vor der AfD „eingeknickt“ sei. Die Oberbürgermeisterin Simone Borris (parteilos) wies politische Einflussnahme zurück und sprach von einem „Missverständnis“. Wieso es sich um ein „Missverständnis“ handelte, blieb zunächst unbeantwortet. Denn Tatsache ist, dass die Oberbürgermeisterin eine Prüfung „der politischen Neutralität“ Semsrotts erbeten habe. Die spätere Kehrtwende kam erst nach öffentlicher Kritik am politischen Vorgehen. Entscheidend an dieser Stelle ist die politische Botschaft: Eine Stadtbibliothek, also ein Ort der freien Information, lässt sich offenbar einschüchtern. Eine Kommune, die eigentlich Debatte ermöglichen sollte, reagiert defensiv, als müsse sie sich vor Kritik verstecken. Der Fall ist deshalb kein lokales Missverständnis, sondern ein Signal an alle Kulturinstitutionen: Wer angreifbar ist, soll sich vorsorglich klein machen.

Nicht weniger beunruhigend ist der Streit an der TU Berlin um den Jugendkongress *Take back the future*, des *Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverbands* (Linke.SDS). Demnach sei der Kongress unter Druck geraten, weil mehr als ein Dutzend Veranstaltungen aus dem Programm gestrichen werden sollten. Grund dafür war die Forderung der AfD nach politischer Neutralität der Universität. Sie wollte damit die kritische

Auseinandersetzung mit der völkisch-autoritären Ideologie der AfD unterbinden. Auch hier ist die Logik dieselbe: Nicht das Argument soll gewinnen, sondern die (juristische) Drohkulisse. Hochschulen sind aber keine Schutzräume für politisches Wegducken. Wer an einer Universität aus Angst vor Angriffen linke, antifaschistische oder sozialistische Debatten begrenzt, macht die Institution nicht neutraler, sondern ärmer. Die Frage ist nicht, ob dort „zu viel Politik“ stattfindet. Die Frage ist, warum ausgerechnet die Angst vor der AfD so schnell in institutionelle Selbsthemmung umschlägt.

Die Causa Wolfram Weimer verschiebt die Sache noch einmal auf eine andere Ebene, ohne das Grundmuster zu verlassen. Kulturstatsminister Wolfram Weimer (parteilos) strich kürzlich drei Buchhandlungen – *Zur schwankenden Weltkugel* (Berlin), *The Golden Shop* (Bremen) und *Rote Straße* (Göttingen) – aus der Liste der vorgesehenen 118 Träger des Deutschen Buchhandlungspreises und berief sich dabei auf verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse sowie auf das sogenannte Haber-Verfahren. Weimer überstimmte damit die Entscheidung der unabhängigen Jury, die diese drei Buchläden ursprünglich für den Preis nominiert hatte, und begründete es mit der Pflicht, den staatlich finanzierten Preis nicht an „Feinde des Staates“ zu vergeben. Juristisch ist der Fall klar: Das Verwaltungsgericht Berlin untersagte Weimer vorläufig, die Betreiber der Buchläden als „Extremisten“ zu bezeichnen. Mittlerweile hat er dieses Urteil akzeptiert und verzichtet auf Rechtsmittel. Problem gelöst? Keineswegs. Das Problem ist nicht nur der politische Reflex, missliebi-

ge Buchläden auszuschließen. Das Problem ist die Struktur des Verfahrens selbst: Der Verfassungsschutz prüft im Hintergrund, die Betroffenen erfahren nichts über die konkreten Vorwürfe, und die Entscheidung bleibt für sie kaum angreifbar. So entsteht eine geheime Vorzensur im Verwaltungsstil. Der Staat sagt nicht offen: Du darfst nicht. Er sagt: Wir wissen etwas über dich, aber du erfährst es nicht. Genau diese Asymmetrie macht das Verfahren so problematisch.

Dabei ist der Zugriff ideologisch durchaus aufschlussreich. Wenn mit dem Verweis auf Extremismus ausgerechnet Buchhandlungen aus Förderzusammenhängen entfernt werden, wird Kulturpolitik in ein Misstrauensregime verwandelt. Statt offener Begründung gibt es stille Aktenlage. Statt öffentlicher Debatte gibt es geheime Einschätzung. Statt einer fairen Auseinandersetzung mit Positionen wird ein Verdacht verwaltet. Das mag sich als Schutz der Demokratie ausgeben. Tatsächlich aber verschiebt es die Grenze dessen, was demokratisch noch zumutbar ist. Wer solche Verfahren normalisiert, normalisiert den Gedanken, dass politische Missliebigkeit genügt, um Öffentlichkeit zu beschneiden.

Wir als Konfessionslose und Atheist*innen sollten diese Entwicklung als das verstehen, was es ist: Eine ernstzunehmende Bedrohung des öffentlichen Raums, in dem gesellschaftlich relevante Fragen verhandelt werden. Ein öffentlicher Raum, welcher von uns gegen die Macht der Kirchen(verbände) erkämpft wurde. Wir sind in besonderem Maße auf diesen öffentlichen Raum angewiesen. Ein öffentlicher Raum, der Widerspruch nicht scheut. Ein Raum, in dem die Möglichkeit be-

steht, religiöse, moralische und kulturelle Gewissheiten in Frage zu stellen. Ein Raum, in dem gestritten und nach dem besseren Argument gesucht wird. Ein Raum, in dem die Vielfalt und die Freiheit verteidigt und dem religiösen Extremismus widersprochen wird. Wenn nun aber Institutionen anfangen, aus Angst vor politischem Druck oder unter Rückgriff auf geheime Prüfungen zu filtern, dann betrifft das nicht nur die üblichen Verdächtigen. Dann betrifft es jede Stimme, die keine sakrale Rückendeckung besitzt. Es betrifft auch und zuallererst die religionskritische Stimme. Und es betrifft die aufgeklärte Öffentlichkeit insgesamt.

Deshalb darf man diese Entwicklung nicht kleinschreiben. Wer heute eine Lesung absagt, morgen einen Kongress schrumpft und übermorgen Buchhandlungen per Geheimprüfung aussortiert, baut nicht bloß einzelne Fehlentscheidungen aufeinander. Er normalisiert die Idee, dass öffentliche Rede immer dann zurückzutreten habe, wenn sie Widerstand erzeugt. Doch genau dann beginnt der autoritäre Reflex: Die Angst wird zum heimlichen Ordnungsprinzip. Und wer sich an diese Ordnung gewöhnt, hat schon verloren. Eine demokratische Gesellschaft muss nicht jede Provokation lieben. Aber sie muss die Zumutung aushalten, dass Kritik weh tun kann. Wenn sie das nicht mehr kann, ist sie nicht tolerant geworden, sondern ängstlich und feige.

Darum ist die Frage nach Zensur keine akademische Debatte für Spezialist*innen, sondern eine politische Nagelprobe. Sie entscheidet darüber, ob Öffentlichkeit noch als Streitraum existiert oder nur noch als verwaltetes Risiko. Sie entscheidet darüber, ob Institutionen Rückgrat zeigen oder

sich reflexhaft beugen. Und sie entscheidet darüber, ob Konfessionslose, Atheist*innen und andere kritische Stimmen ihre Ansichten noch selbstverständlich äußern können oder ob auch sie lernen müssen, sich zu zensieren, bevor es andere für sie tun. Genau an diesem Punkt wird aus einem einzelnen Fall ein gesellschaftliches Symptom. Mit dem Beitrag in dieser Ausgabe zu Jürgen Habermas erinnern wir daran, dass die Vernunft des besseren Arguments nur dort eine Chance hat, wo die Öffentlichkeit nicht vorher verstummt. In diesem Sinne, Geschichte wird gemacht!

Jürgen Habermas und die Verteidigung der Vernunft

Kaum ein anderer lebender Philosoph hat das intellektuelle Klima so geprägt wie Jürgen Habermas. Seit über sechs Jahrzehnten steht sein Name für den Versuch, die Moderne zu verstehen, ohne sie aufzugeben – für eine Vernunft, die sich selbst befragt, statt sich selbst zu entmachten. 1929 geboren, geprägt von Krieg, Wiederaufbau und der geistigen Orientierungssuche der Nachkriegszeit, war Habermas stets überzeugt: Die Moderne lebt nicht vom Glauben, sondern vom Gespräch – von vernünftiger Auseinandersetzung unter Freien und Gleichen. Doch gerade hier zeichnen sich Spannungen ab: Dort, wo Habermas im Laufe der letzten Jahre die Religion wieder ins Spiel brachte, um den moralischen Zusammenhalt der Gesellschaft zu retten, öffneten sich Widersprüche.

Habermas' Werk steht im Spannungsfeld zwischen philosophischer Theorie und politischer Öffentlichkeit. Verbunden mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung, repräsentiert er die zweite Generation der Kritischen Theorie – jene Denkschule, die aus der Katastrophe des 20. Jahrhunderts den Auftrag zog, Aufklärung nicht nur zu kritisieren, sondern zu erneuern. In einer Gegenwart, in der sich liberale Demokratien unter dem Druck von Populismus, Identitätspolitik und „postfaktischen“ Öffentlichkeiten neu behaupten müssen, wirkt „sein“ Projekt der Aufklärung erstaunlich aktuell.

Vom Schüler Adornos zum globalen Denker

Nach seiner Promotion 1954 und der Habilitation 1961 (bei Theodor W. Adorno) wurde Habermas zum zentralen Sprecher einer intellektuellen Nachkriegsgenera-

tion, die Aufklärung gegen Zynismus und Gleichgültigkeit verteidigte. In *Erkenntnis und Interesse* (1968) formulierte er das Programm einer Vernunft, die sich ihrer eigenen Bedingungen bewusst bleibt. Die Moderne, so Habermas, sei kein abgeschlossenes Kapitel, sondern eine „noch unabgeglichene Aufgabe“.¹ Dieser Satz bezeichnet sein philosophisches Credo: Aufklärung darf nicht durch Selbstrelativierung verstummen.

Streit mit der Postmoderne

In den 1980er Jahren rückte Habermas in die Auseinandersetzung mit den Denkern der Postmoderne: Foucault, Derrida, Lyotard. Für sie war Vernunft ein Instrument der Macht, Wahrheit nur eine Funktion von Diskursen. Habermas widersprach scharf: „Kein Argument, das sich selbst aufhebt, kann noch überzeugen“.²



Jürgen Habermas (1929–2026) gilt als einer der zentralen politischen Philosophen der Bundesrepublik Deutschland. Die Aufnahme zeigt ihn bei einem Vortrag an der Humboldt-Universität 2011.

(Foto: Nikolas Becker, Wikipedia, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>)

Er diagnostizierte in der, wie er es nannte, „performativen Selbstwidersprüchlichkeit“ postmoderner Theorien eine Flucht vor dem Anspruch universeller Argumentation. Foucaults Genealogien zeigten zwar, dass Wissen und Macht sich verflechten, doch Habermas betonte, dass genau diese Einsicht rationaler Prüfung bedarf. Die Vernunft sei nicht bloß Herrschaftsinstrument, sondern das *einzige* Korrektiv gegen Herrschaft.

Hier liegt die Aktualität seines Denkens: In einer Zeit, in der „Meinung“ und „Wahrheit“ verwechselt werden, erinnerte Habermas daran, dass Rationalität nicht Elfenbeinturm, sondern Grundbedingung öffentlicher Verständigung ist.

Die kommunikative Vernunft und das Recht

In *Faktizität und Geltung* (1992) entwarf Habermas seine Theorie deliberativer Demokratie. Recht und Moral haben hier keinen göttlichen Ursprung, sondern ergeben sich aus diskursiver Einigung. Eine Gesellschaft hält zusammen, weil ihre Mitglieder Argumente austauschen: „Demokratie lebt vom kommunikativen Handeln freier und gleicher Bürger.“³

Das ist, im humanistischen Sinne, eine radikal säkulare Position. Wahrheit entsteht im Dialog, nicht im Dogma. Vernunft ist kein Besitz, sondern ein Verfahren, „mit Konflikten durch Argumente umzugehen“.⁴ Diese Definition gehört zu den prägnantesten Formeln säkularer Ethik des 20. Jahrhunderts. Sie beantwortet auch eine alte Frage des Atheismus: Woher kommt Moral ohne Religion? Aus der Praxis vernünftiger Verständigung.

Habermas’ früheres Denken bietet jenen, die sich als liberale Humanist*innen verstanden, eine immanente Begründung des Guten, die ohne überweltliche Instanz auskommt.

Die späte Wendung zur Religion

Umso überraschender erschien sein Tonwechsel nach der Jahrtausendwende. In *Glauben und Wissen* (2001) formulierte Habermas, die säkulare Vernunft müsse „aus den semantischen Ressourcen der Religion schöpfen“.⁵ Religiöse Überlieferungen bewahrten, so meint er, Ausdrucksformen menschlicher Erfahrung, die das nachmetaphysische Denken nicht ersetzen könne.

In *Auch eine Geschichte der Philosophie* (2019) heißt es folgerichtig: „Die säkulare Vernunft verdankt den religiösen Traditionen Begriffe der Verantwortung,

der Schuld und der Erlösung.“⁶ Der Gedanke, Religion sei ein moralischer Vorrat an Bedeutungen, zog sich durch seine späten Texte.

Doch darin liegt ein Widerspruch zu seinem eigenen Fundament. Denn wenn moralische Kommunikation aus gegenseitiger Anerkennung entsteht, braucht sie keinen metaphysischen Restbestand. Habermas möchte Religion „übersetzen“, ohne sie ganz loszulassen, und unterschätzt dabei, dass die Sprache der Vernunft selbst längst über ausreichende Ausdruckskraft verfügt.

Kritische Würdigung aus humanistischer Sicht

Aus säkular-humanistischer Perspektive ist dieser Rückgriff eine ungewollte Schwäche. Er verrät ein Restmisstrauen gegenüber der autonomen Moral der Vernunft. Statt den Humanismus als reife Form des nachmetaphysischen Ethos zu begreifen, stellt Habermas ihm ein religiöses Alibi zur Seite.

Dabei zeigen empirische Studien zur Säkularisierung, dass säkulare Gesellschaften moralische Orientierung auch ohne religiöse Institutionen ausbilden. Linda Woodhead hat gemeinsam mit Paul Heelas den Bedeutungswandel von Religion in westlichen Gesellschaften beschrieben; die breitere Forschung zur Säkularisierung unterstützt die Einsicht, dass Moral nicht auf kirchliche Bindung angewiesen ist. Moral, so die Forschung, gedeiht nicht, *trotz* Säkularisierung, sondern *durch* sie.⁷

Was Habermas als Verlust empfindet, ist in Wahrheit ein Fortschritt: Die Entzauberung der Welt ist keine Leere, sondern der Raum, in dem Menschen Verantwortung in eigener Sache übernehmen.

Quelle moralischer Energie ist nicht der Glaube, sondern das Vertrauen in Argument und Erfahrung. Wer – wie Habermas selbst einst – an den Diskurs glaubt, braucht keine religiösen Semantiken zur Stütze.

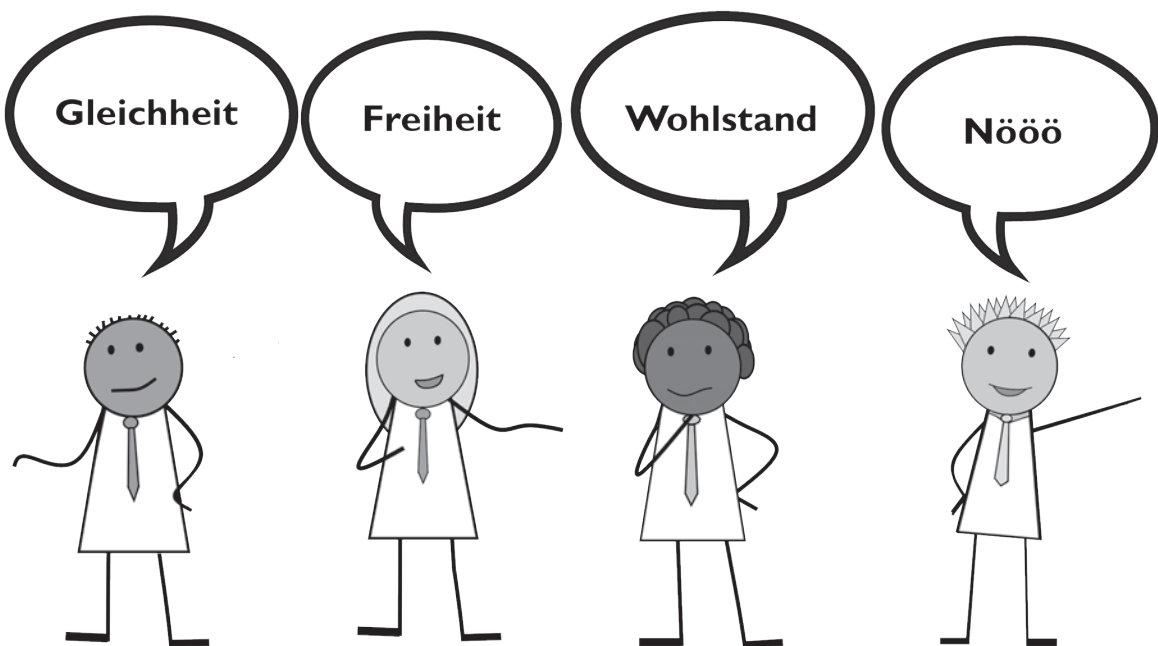
Aufklärung als Aufgabe

Habermas' bleibende Größe liegt darin, dass er sich nie mit einfachen Antworten zufriedengab. Er kennt die Schatten der Aufklärung: ihren Eurozentrismus, ihre Nähe zur instrumentellen Rationalität. Doch er zieht daraus keine Absage an Vernunft, sondern eine Verschärfung ihres Anspruchs. „Niemand kann heute für sich allein beanspruchen, im Besitz der Wahrheit zu sein.“⁸

Die Aufklärung ist, in diesem Sinne, nicht der Sieg des Lichts, sondern der Wille, auch das eigene Licht zu befragen. Sie bleibt ein unvollendetes Projekt, das nur fortbesteht, wenn wir seine Werte praktisch einlösen – in Wissenschaft, Demokratie, und zivilem Diskurs.

Habermas verkörpert den Versuch, die Moderne gegen ihre Zerstörung zu verteidigen – gegen Dogma, Autorität und Zynismus gleichermaßen. Sein Vertrauen in die Macht des Arguments ist von ungebrochener Aktualität. Doch seine spätere Hoffnung auf Religion zeigt, wie tief selbst rationale Denker das Bedürfnis nach (irrationalen) Sinn spüren.

Für Humanist*innen und Konfessionslose bleibt Habermas zugleich Vorbild und Warnung: Vorbild, weil er die Vernunft als gemeinsames Band der Menschheit versteht; Warnung, weil er zeigt, wie leicht selbst Aufklärer versucht sind, den Rückweg ins Symbolische zu suchen.



Habermas vertraute stets auf die Macht des besseren Argumentes und den „zwanglosen Zwang“, der von diesem ausgeht.
(Abbildung: Conmongt, Pixabay; Text in den Sprechblasen: MIZ)

Dennoch: Habermas' Grundgedanken liegt vielleicht das Entscheidende zugrunde: Vernunft ist verletzlich, fehlerhaft und zwiespältig – aber sie ist das Einzige, was uns bleibt, um die Welt zu verstehen und sie zu verändern.

Anmerkungen

- 1 Habermas, Jürgen: Der philosophische Diskurs der Moderne. Berlin 142022, S. 15.
- 2 Ebenda, S. 90.
- 3 Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Berlin 82023, S. 107.
- 4 Ebenda, S. 120.
- 5 Habermas, Jürgen: Glauben und Wissen. Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2001. Berlin 102001, S. 20.
- 6 Habermas, Jürgen: Auch eine Geschichte der Philosophie. Band 2: Vernünftige Freiheit. Spuren des Diskurses über Glauben und Wissen. Berlin 2022, S. 55.
- 7 Vgl. Woodhead, Linda / Heelas, Paul: The Spiritual Revolution. Why Religion Is Giving Way to Spirituality. Hoboken 2004. Pollack, Detlef: Säkularisierungstheorie. Docupedia-Zeitgeschichte. Quelle: https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/251/file/docupedia_pollack_saekularisierungstheorie_v1_de_2013.pdf [Letzter Zugriff: 15.5.2026].
- 8 Habermas, Jürgen: Der philosophische Diskurs der Moderne, S. 95.



Abb. 1: Bernburg-Waldau, Salzlandkreis, sog. Neue Stephanskirche nach jahrzehntelangem Leerstand und Verfall (2018), inzwischen stehen nur noch die Außenwände. (Foto: Frank Brück, Wuppertal)

Dass zunehmende Säkularisierung und Mitgliederverlust im 21. Jahrhundert durch die zuerst in der katholischen Kirche bekannt gewordene Missbrauchs- und den desaströsen Umgang damit noch zusätzlich eine vorher nicht für möglich gehaltene Steigerung und Dynamik erfahren sollte, addiert sich zu ihrer jahrzehn-

telangen, in gleicher Richtung zielenden Vorgeschichte. Die Entwicklung, die besonders im Falle der katholischen Kirche seit Jahren einem öffentlich vorgetragenen Selbstmord gleicht, ist inzwischen so drastisch, dass sich Schlagzeilen wie „Wer braucht noch diese Kirche?“, „Sollte die Kirche abgeschafft werden?“ oder „Vom

Vom „großen Plan Gottes“ zur Kindeswohlgefährdung?

Der umstrittene evangelikale Verein *Mission Freedom e.V.* hat 2024 eine vollstationäre Jugendeinrichtung für minderjährige Betroffene von sexuellem Missbrauch im bayerischen Allgäu eröffnet. Der Ort dürfte dabei nicht zufällig gewählt worden sein. Denn öffentliche Stellen in Hamburg, dem Sitz des Vereins, distanzieren sich schon 2013 und erklärten, man arbeite mit dem Verein wegen dessen spezifisch-missionarischer Ausrichtung und unprofessioneller Arbeitsweise nicht zusammen.¹

Bereits damals stellte sich die Frage, ob mit der Erteilung der Betriebserlaubnis sehenden Auges schwerst missbrauchte Minderjährige in die Obhut einer Organisation gegeben werden, bei der erhebliche Zweifel an der Gewährleistung des Kindeswohls bestanden. Das seinerzeitige Fazit, dass für einen öffentlich wahrgenommenen Skandal alleine „aussagewillige geschädigte Opfer“ fehlten, wirkt heute bedrückend aktuell.

Denn inzwischen gibt es öffentlich bekannt gewordene Erkenntnisse von Behörden und Gerichten, die genau dies zumindest nahelegen – dass Schutzbedürftige in einer Einrichtung für traumatisierte Kinder möglicherweise selbst Schaden genommen haben könnten: Alle sechs Kinder im Alter zwischen fünf und elf Jahren wurden durch das Jugendamt aus der Einrichtung in Obhut genommen. Gegen die pädagogische Leitung besteht ein gerichtlich bestätigtes Tätigkeitsverbot. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Misshandlung Schutzbefohlener. Die Heimaufsicht beabsichtigt den Widerruf der Betriebs-

erlaubnis. So der Stand zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Artikels.²

Als Grund für ihr Vorgehen nannten die Behörden zunächst „kindeswohlgefährdende Erziehungsmethoden“ und einen problematischen Umgang mit freiheitsbeschränkenden Maßnahmen. Ein Zusammenhang mit der weltanschaulichen Ausrichtung des Trägers bestehe nicht.

Was laut Gericht geschehen sein soll

Näheren Aufschluss darüber, was sich in der Einrichtung zugetragen haben soll, gibt nun eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Augsburg. An dieses wandte sich der Einrichtungsträger, um in einem Eilverfahren gegen den sofortigen Vollzug des Tätigkeitsverbots gegen die Heimleitung vorzugehen.

Laut der Gerichtsentscheidung sollen Kinder teils gegen ihren Willen eingesperrt, festgehalten und – auch unter Anwendung des schmerzhaften Polizeigriffs – zu Boden gedrückt worden sein. Sie hätten sich Waschlappen in den Mund stopfen müssen, um nicht

laut zu summen. Sie seien in die Dusche gezerzt worden. Ein Kind habe einen BH mit zwei Melonen darin tragen müssen, ein anderes Kind habe mit vollurierter Kleidung seinen Arbeitsdienst verrichten müssen. Einem Kind sei Chilipaste auf die Lippen geschmiert worden. Das Gericht spricht von teils „stigmatisierenden“, „demütigenden“ und „gesundheitsschädlichen“ Behandlungen.

Laut *Süddeutscher Zeitung* habe der Verein die Vorwürfe teils pauschal bestritten, teils entgegnet, es handele sich um sogenannte „Skills“ zur traumapädagogischen Stabilisierung, die mit den Kindern erarbeitet worden seien.³ Das Gericht überzeugte diese Argumentation nicht. Die sofortige Vollziehbarkeit des Tätigkeitsverbots wurde bestätigt. Die Entscheidung ist mittlerweile rechtskräftig.

Strafrechtlich aufgearbeitet sind die Vorwürfe bislang hingegen nicht. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen dauern an. „Gegenstand der Ermittlungen ist, ob in der Einrichtung angewandte Erziehungsmethoden den Tatbestand strafbarer Handlungen erfüllen“, so die zuständige Staatsanwaltschaft Kempten. Bis zum Abschluss des Verfahrens gelte die Unschuldsvermutung.

Mission Freedom teilte in einer Stellungnahme mit, man bedauere die Entwicklungen.⁴ Gleichzeitig klingt in der Stellungnahme Kritik an den ehemaligen Mitarbeitenden an, die die Vorgänge den Behörden meldeten, da sich diese nicht zuvor an die Leitung der Einrichtung gewendet hätten. Den Behörden wiederum wirft *Mission Freedom* vor, die Kinder durch ihre Interventionen retraumatisiert zu haben.

Mittlerweile hat *Mission Freedom* seine Stellungnahme ergänzt: Aufgrund der „weiteren Entwicklungen“ sei der Betrieb der Einrichtung eingestellt worden. Der Träger werde keine weiteren rechtlichen Schritte mehr einleiten. Die Homepage der Himmelsstürmer Deutschland gGmbH ist inzwischen offline.

Musste es wirklich erst so weit kommen?

Diese Frage richtet sich nicht nur an das Haus SeeNest – sondern auch an dessen Umfeld.

Fachleute, Journalist*innen und auch Theolog*innen kritisieren seit Jahren die christlich-fundamentalistische Ausrichtung und die Arbeitsweise von *Mission Freedom*, problematische Vorstellungen zu Trauma und Menschenhandel, queer- und sexualitätsfeindliche Äußerungen sowie die Einbettung in Netzwerke, die auch wegen verschwörungsideologisch diskutierter Narrative über „rituelle Gewalt“ umstritten waren und sind.

Gleichwohl wiesen der Verein und seine Vorsitzende, die evangelikale Predigerin Gaby Wentland, Kritik stets zurück. Stattdessen machte Wentland den „Satan“ als Ursache von Kritik aus, da dieser ihre Arbeit zerstören wolle.⁵

Hinzu kommt: Das Haus SeeNest markierte einen besonderen Schritt in den bisherigen Tätigkeitsfeldern von *Mission Freedom*. Denn bis dahin war der Verein ausschließlich im Erwachsenenbereich – insbesondere mit „Schutzangeboten“ für volljährige Betroffene von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung – aktiv. Mit der Einrichtung im Allgäu wagte sich *Mission Freedom* erstmals in den

Chronologie eines Scheiterns

Bereich der Arbeit mit Minderjährigen vor – also in einen Bereich mit besonders hohen fachlichen, rechtlichen und pädagogischen Anforderungen. Deshalb war für die Aufnahme dieser Tätigkeit auch eine staatliche Erlaubnis erforderlich.

Schon damals waren aufgrund öffentlich verfügbarer Informationen über Ausrichtung und Arbeitsweise von *Mission Freedom* erhebliche Zweifel möglich, ob in einer von *Mission Freedom* betriebenen Einrichtung das Kindeswohl gewährleistet werden könne.⁶ Der zuständigen Genehmigungsbehörde reichten die Hinweise hingegen nicht aus. Die Erlaubnis wurde 2023 erteilt, Anfang 2024 wurde sie auf die eigens hierfür gegründete Tochtergesellschaft *Himmelsstürmer Deutschland gGmbH* übertragen. Als Geschäftsführerin wurde Inga Gerckens eingesetzt, die auch die Schutzhäuser von *Mission Freedom* im Erwachsenenbereich in Hamburg und Frankfurt leitet.

Die Räumlichkeiten für das Haus SeeNest mietete *Mission Freedom* von der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Augsburg an. Dieser genügte offenbar die erteilte Betriebserlaubnis und die weiterhin bestehende Mitgliedschaft von *Mission Freedom* bei der Diakonie Hamburg, um von der Seriosität des Vereins auszugehen. Dabei hatte die Diakonie Hamburg bereits 2013 selbst Zweifel an der Arbeitsweise von *Mission Freedom* geäußert.

Nach Erteilung der Betriebserlaubnis für das Haus SeeNest wandte sich die Landtagsabgeordnete Gabriele Triebel 2024 mit kritischen Nachfragen dazu an die Bayerische Staatsregierung. Diese teilte schließlich mit, man sehe

Die Chronologie der Ereignisse um das Haus SeeNest wirkt im Rückblick weniger wie eine überraschende Eskalation – sondern eher wie eine Entwicklung, bei der Warnsignale lange nicht ausreichend ernst genommen wurden:

Anfang 2023

Gaby Wentland, Vorsitzende von *Mission Freedom*, postet auf Facebook: „Im Allgäu hat Gott große Pläne ‘23“.

2023/24

Trotz kritischer Hinweise zur Ausrichtung und Arbeitsweise von *Mission Freedom* wird dem Verein die Betriebserlaubnis für eine vollstationäre Einrichtung für traumatisierte und missbrauchte Minderjährige erteilt. Kurz darauf wird die Erlaubnis auf die von *Mission Freedom* neu gegründete Tochtergesellschaft *Himmelsstürmer Deutschland gGmbH* übertragen.

2024

Die bayerische Landtagsabgeordnete Gabriele Triebel richtet in einer Landtagsanfrage kritische Fragen an die Staatsregierung. Die Staatsregierung sieht keine Veranlassung, die Einrichtung bzw. deren Träger näher zu beleuchten.

März 2026

Nach Hinweisen ehemaliger Mitarbeitender wird gegen die pädagogische Leitung des Haus SeeNest ein Tätigkeitsverbot ausgesprochen.

April 2026

Das Verwaltungsgericht Augsburg bestätigt am 13.4. den Sofortvollzug des Tätigkeitsverbots. Am 17.4. nimmt das Jugendamt alle sechs in der Einrichtung untergebrachten Kinder aufgrund „gewichtiger Anhaltspunkte für eine mögliche Gefährdung des Kindeswohls“ in Obhut.

Mai 2026

Die Regierung von Schwaben prüft den Widerruf der Betriebserlaubnis, später teilt die Behörde mit, der Träger wolle die Erlaubnis zurückgeben. Die Staatsanwaltschaft leitet gegen die Heimleitung ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Misshandlung Schutzbefohlener ein. Die Katholische Jugendfürsorge kündigt den Mietvertrag für das Haus SeeNest fristlos. *Mission Freedom* teilt mit, der Betrieb der Einrichtung werde eingestellt.

Matthias Pöhl ist Gründungsmitglied des ehrenamtlichen Recherche- und Aufklärungskollektivs *FundiWatch*, das sich mit christlichem Fundamentalismus befasst (www.fundiwatch.org). In MIZ 2/24 berichtete er über das „Haus SeeNest“ des evangelikalen Vereins *Mission Freedom* e.V.

derzeit keinen Anlass, *Mission Freedom* näher zu beleuchten.⁷

Nach Bekanntwerden der aktuellen Vorwürfe kündigte die Katholische Jugendfürsorge den Mietvertrag mit *Mission Freedom* fristlos. Die Diakonie Hamburg prüft inzwischen „die Folgen für eine Mitgliedschaft im Diakonischen Werk Hamburg“. Die Heimaufsicht teilte laut *Hamburger Abendblatt* mit, der Träger wolle die Betriebserlaubnis für die Einrichtung zurückgeben.

Jedenfalls muss Stand heute wohl festgestellt werden: Ja, offenbar musste erst etwas passieren. Doch was sagt es über die Bedeutung des Schutzes des Kindeswohls aus, wenn Hinweise auf Risiken über Jahre bekannt waren – und dennoch keine ausreichenden Konsequenzen folgten? Wurden die Gefahren der christlich-fundamentalistischen Ausrichtung unterschätzt?

„Kein Zusammenhang mit weltanschaulicher Ausrichtung“?

Die Behörden teilten öffentlich mit, die Inobhutnahmen stünden in keinem Zusammenhang mit der weltanschaulichen Ausrichtung des Trägers. Auf Nachfrage, wie diese Einschätzung begründet wird, äußerte sich die Heimaufsicht mit Verweis auf das laufende Verfahren nicht.

Unabhängig davon erscheint es notwendig, diese Einschätzung kritisch zu

hinterfragen und die Vorgänge umfassend aufzuarbeiten. Denn die entscheidende Frage lautet nicht nur, ob Religion unmittelbare Ursache einzelner Vorfälle war. Entscheidend ist vielmehr, inwieweit spezifische Weltanschauungen die Organisationskultur, Führungsstrukturen und professionelle Praxis beeinflussen können.

Dass die spezifisch religiöse Ausrichtung von *Mission Freedom* erheblichen Einfluss auf dessen Arbeit hat, wird bereits seit Jahren kritisiert. Zudem ergibt sich dies auch aus zahlreichen O-Tönen von Gaby Wentland, die klar den Eindruck erwecken, die Arbeit von *Mission Freedom* werde nicht nur als Profession verstanden, sondern als Teil eines geistlichen Auftrags. So beispielsweise, wenn Gaby Wentland in Vorträgen zur Tätigkeit von *Mission Freedom* unter „Prostituierten“ davon träumt, das Rotlicht „zu regieren“ und am Ende „zu siegen“, sodass Kirchen gebaut werden, wo heute noch große Bordelle stehen.

Zum Haus SeeNest verlangten die Stellenausschreibungen von Bewerberinnen eine ‘persönliche Identifikation mit biblischen Glaubensgrundlagen’. Man warb um Mitarbeitende mit Begriffen wie ‘geistlicher Gemeinschaft’. Zur Förderung kritischer Selbstreflexion ist aber gerade eine Diversität im Mitarbeitendenkreis hilfreich. Vor der Eröffnung des Haus SeeNest schilderte Wentland, wie wichtig das gemeinsame Gebet der Mitarbeitenden in den Einrichtungen sei, denn wer zusammen bete, bleibe zusammen. Daher werde in den Einrichtungen auch ‘nur Gutes’, ‘nur Heiliges’, nur was ‘auferbauend’ ist, gesprochen.

Wenn *Mission Freedom* nun Vorwürfe gegenüber ehemaligen Mitar-

Wir danken Ihnen herzlich, wenn Sie durch Ihre Spende daran beteiligt sind. Gemeinsam können wir den betroffenen Frauen ein Leben in Freiheit ermöglichen.

Zwangsprostitution

Über 90% der Prostituierten in Deutschland verkaufen ihren Körper nicht freiwillig.

MEHR ZUM THEMA

Rituelle Gewalt

Systematisierte sexuelle Gewalt und Ausbeutung von Kindern und Frauen in sadistischen Kreisen

MEHR ZUM THEMA

Was wir dagegen tun

Wir schämen hin, klären auf und handeln. Wir schulen, vernetzen und bieten Ausstiegshilfe

MEHR ZUM THEMA

Mission Freedom – auf den ersten Blick ein professioneller Webauftritt, bei genauerem Hinsehen wird jedoch schnell klar, welche Rolle die christliche Ideologie für die Soziale Arbeit der Organisation spielt.

beitenden erhebt und kritisiert, dass diese nicht zuvor das Gespräch mit der Leitung gesucht haben, dann passt das genau in ein solches Denken und Handeln.

Christlicher Fundamentalismus & Soziale Arbeit

Der Fall wirft drängende Fragen weit über den Einzelfall hinaus auf. Denn insbesondere im Bereich der Sozialen Arbeit scheinen zunehmend Aktivitäten christlich-fundamentalistischer Organisationen zu bemerken. Verbreitet klamme Haushaltskassen machen es ihnen nicht selten leicht.

Zudem fehlt es weitgehend an Sensibilität für damit einhergehende Gefahren und einer Auseinandersetzung mit Widersprüchen zu berufsethischen Grundsätzen professioneller Sozialer Arbeit. Dabei ist nicht die religiöse Überzeugung Einzelner das Problem, sondern die Vermischung von Glaube mit professionell anmutender Sozialer Arbeit und die Anwendung fragwürdiger Methoden. Vor diesem Hintergrund

fordert nun auch der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge und warnt vor ideologischen Einflüssen in der stationären Jugendhilfe.⁸

Eine vom Verfasser zu dem Thema mit veröffentlichte Broschüre des Recherche- und Aufklärungskollektivs FundiWatch beleuchtet anhand von Praxisbeispielen, wie christlich-fundamentalistische Gruppen gezielt in das Feld der Sozialen Arbeit vordringen und dort Einfluss auf öffentliche Debatten, professionelle Standards und institutionelle Strukturen nehmen. Und das betrifft uns alle.⁹

Das Bayerische Landesjugendamt veröffentlichte übrigens bereits vor Jahren Materialien und Leitfäden zu Kindeswohlgefährdungen in sektenartigen und christlich-fundamentalistischen Kontexten.¹⁰ Dort werden unter anderem Isolation, autoritäre Strukturen, religiöse Überhöhung von Leitungspersonen und eingeschränkte Kritikfähigkeit als mögliche Risikofaktoren beschrieben. Inwieweit

diese Hinweise bei der Erteilung der Betriebserlaubnis für das SeeNest berücksichtigt wurden – auch das wird Teil der dringend erforderlichen Aufklärung zu sein haben.

Und jetzt?

Der Fall des Haus SeeNest wirft nicht nur Fragen nach individueller Verantwortung auf. Er wirft vor allem auch die Frage auf, welche Konsequenzen folgen.

Denn während das Haus SeeNest schließt, scheint *Mission Freedom* (erneut) weiter zu machen wie bisher. Zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Vorwürfe veranstaltete *Mission Freedom* gemeinsam u.a. mit der Evangelischen Allianz Deutschland und dem Netzwerkverein Gemeinsam gegen Menschenhandel den Freiheit-Kongress. Dabei handelt es sich um eine regelmäßig stattfindende Konferenz gegen „Menschenhandel“, auf der auch Angebote von „heilenden Ölen“ und ominösen Befreiungsgebeten beworben werden. Zahlreiche Politiker*innen unterschiedlicher Parteien hielt die Ausrichtung der Veranstaltenden und des Kongresses auch dieses Jahr von einer Teilnahme nicht ab.¹¹

Gaby Wentland selbst äußerte sich zu den Vorwürfen bislang persönlich nicht. Auf ihren Social-Media-Accounts zeigt sie sich weiter unter „göttlichem Schutz“ und veröffentlichte kurz nach Bekanntwerden der Vorwürfe eine Predigt, in der sie sagt: „Deswegen laufe mit dem Geist Gottes, auch wenn es schwierig ist, wird er dich siegreich führen.“

Die großen Pläne Gottes mögen undurchschaubar sein. Staatliche Kontrolle und professioneller Kinderschutz dürfen es nicht sein.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zur damaligen Kritik zum Beispiel SPIEGEL vom 27.12.2013: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/zwangsprostitution-die-dubiosen-methoden-von-mission-freedom-a-937704.html>.
- 2 Zu aktuellen Entwicklungen in dem Fall und weiterführenden Hinweisen vgl. <https://www.fundiwatch.org/chronologie-haus-seenest-mission-freedom/>.
- 3 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 21.5.2026: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/allgaeu-misshandlung-kinder-haus-seenest-li.3486645>.
- 4 Stellungnahme Mission Freedom vom 2.5.2026, ergänzt am 5.5.2026: <https://mission-freedom.de/stellungnahme-entwicklungen-haus-seenest/>.
- 5 So Wentland in einem Vortrag am 9.9.2018, der weiterhin auf Youtube abrufbar ist (bei Minute 34): <https://www.youtube.com/watch?v=TFSjEzm-wEE&t=2059s>.
- 6 Die Recherche ist im Volltext auf der Homepage von FundiWatch abrufbar: https://fundiwatch.org/recherche_mission_freedom_himmelsstuermer_deutschland/.
- 7 Vgl. Antwort der Staatsregierung auf die schriftliche Anfrage MdL Gabriele Triebel (Bündnis90/Die Grünen), Drs. 19/2044 v. 7.6.2024.
- 8 Vgl. Pressemitteilung des DBSH vom 25.3.2026, abrufbar hier: <https://www.dbsh.de/news/detail/kindeswohl-ist-unverhandelbar-berufsverband-warnt-vor-ideologischen-einflussen-in-der-stationaeren-jugendhilfe.html>.
- 9 Die von der Freien und Hansestadt Hamburg geförderte Broschüre kann auf der Homepage von FundiWatch kostenfrei abgerufen werden: <https://www.fundiwatch.org/christlicher-fundamentalismus-soziale-arbeit/>.
- 10 Abrufbar auf den Seiten des Landesjugendamts Bayern: <https://www.blja.bayern.de/beratung-beteiligung-beschwerde/gruppierungen-konflikt/>.
- 11 Ein ausführlicher Tagungsbericht ist auf der Homepage von FundiWatch veröffentlicht. Dem Verfasser, der zu Recherchezwecken ebenfalls für den Kongress angemeldet war, wurde nach Bekanntwerden der aktuellen Vorgänge im Haus SeeNest kurz vor Kongressbeginn ein Hausverbot erteilt. Mehr dazu: <https://www.fundiwatch.org/kongress-der-unfreiheit-teil-1/>.

Tradition, Familie, Privateigentum

Wie sich rechtskatholische Netzwerke in Europa ausbreiten

Am 20. März 2026 fand auf der Leipziger Buchmesse eine Veranstaltung mit dem Titel „Linke Gewalt gegen Lebensrechtler“ statt. Moderiert von Heiner Lüning stellte Elias Burow im Gespräch mit Mathias von Gersdorff dessen Buch *Antifa marschiert: Linke Gewalt gegen Lebensrechtler* über vermeintlich organisierte und systematische Angriffe auf die selbsternannten Lebensschützer vor. Doch viel interessanter als der Inhalt sind die Teilnehmer und der Veranstalter des Panels. Wer ist Mathias von Gersdorff? Wer ist Elias Burow? Und welche Rolle spielt die *Deutsche Vereinigung für eine christliche Kultur DVCK e.V.*?

Um diese Fragen zu beantworten, begebe ich mich auf eine Reise, die auf der Leipziger Buchmesse beginnt und von Brasilien über Polen bis nach Russland führt.

Von der Leipziger Buchmesse...

Als ich unter den über 3000 Veranstaltungen der Leipziger Buchmesse auf die „Präsentation“ *Linke Gewalt gegen Lebensrechtler* stoße, werde ich stutzig. Der Name Mathias von Gersdorff ist mir nicht ganz unbekannt. Im Rahmen meiner Recherche zu weltweit agierenden christlich-fundamentalistischen Netzwerken und ihren Verstrickungen in die rechte Szene ist er mir schon begegnet: Als so genannter „Meinungsmacher“ auf *YouTube*. Dort attestiert er Friedrich Merz eine „Autismus/Narzissmus-Krise“, erklärt den Katholikentag zum „LUPENREINEN REGENBOGENZIRKUS“, bei dem die deutsche Gender-Nationalkirche ge-

gründet worden sei und schwadroniert über das Aussterben der Deutschen.

Mit 55.800 Followern kann man Gersdorff neben Jasmin Friesen (LIEBEZURBIBEL, 53.100 Follower), Tobias Riemenschneider (28.800 Follower) und Jonathan Albrecht (39.600 Follower) zu den christlichen *YouTube*-Influencern zählen.

Doch den Veranstalter des Panels hatte ich bisher noch nicht auf dem Schirm. Das mag an dem erstmal recht harmlos anmutenden Namen liegen: *Deutsche Vereinigung für eine christliche Kultur DVCK e.V.* Auch die Webseite des Vereins wirkt in der Aufmachung unspektakulär. Zeit, etwas genauer hinzuschauen. Die aus ehrenamtlichen Mitgliedern bestehende, 1983 gegründete Organisation hat sich dem Kampf für die „Wiederherstellung der christlichen Zivilisation“ verschrieben und beschreibt sich selbst in der „Orientierung“ katholisch, im „Tätigkeitsbereich“ überkonfessionell.

Es werden drei Unterorganisationen gelistet: *Aktion Kinder in Gefahr*, *Aktion*

Rauchbomben, Farbbeutel und christenfeindliche Parolen: Linksextreme bedrängen betende Lebensschützer



Rauchbomben, Farbbeutel und christenfeindliche Parolen

Linksextreme bedrängen betende Lebensschützer

Deutschland | 09. März 2017 | Autor: JF-Online | 20 Kommentare

Linksextreme haben in Frankfurt Lebensrechtler bedrängt und bedroht. Rund 30 Angreifer rannten auf die zehn Frauen und zwei Männer zu, brüllten christenfeindliche Parolen, bewarfen sie mit Farbbeuteln, Konfetti sowie Rauchbomben und besprühten sie mit Schaumschlängen aus Spraydosen. „Wir beteten gerade unseren Rosenkranz zu Ende, als die Vermummten in unsere Richtung stürmten“, schildert ein Teilnehmer der JF.

Anzeige

Linksextreme in Frankfurt: Dutzend betende Lebensrechtler an Foto: indymedia

Anzeige

„Linksextreme“ Gewalt gegen „Lebensschützer“ war schon immer ein von rechten Medien gerne bedientes Thema. In dem in diesem Artikel aus dem Jahr 2017 beschriebenen Fall hatte ein Dutzend betender Christ:innen am 8. März, dem Internationalen Frauentag, das Büro von *Pro Familia* belagert. (Screenshot von der Webseite der Zeitung *Junge Freiheit*)

SOS Leben und *Aktion Deutschland braucht Mariens Hilfe*. Während die *Aktion Kinder in Gefahr* Initiativen zu Themen der Familienpolitik, gegen das Selbstbestimmungsgesetz und Adoptionsrechte von gleichgeschlechtlichen Paaren organisiert, fährt die *Aktion SOS Leben* Kampagnen gegen Abtreibungsrechte. Dort findet sich auch das auf der Messe vorgestellte Buch.

Bei der *Aktion Deutschland braucht Mariens Hilfe* handelt es sich laut Selbstbeschreibung um katholische Laien, die sich „der Verbreitung der Botschaft von Fatima“ widmen. Dort werden katholische Schriften, Rosenkränze und Medaillen vertrieben. Alle drei Webseiten werden vom DVCK e.V. betrieben.

Hier bin ich erst einmal in einer Sackgasse gelandet, also zurück zum Ausgangspunkt, die Veranstaltung auf der Leipziger Buchmesse. Zurück zu Elias Burow, einem durchschnittlichen Jüngling, der sich ob der großen Bühne, auf der er sitzt, vor Begeisterung schier zu überschlagen scheint. Dabei scheint es ihn nicht zu stören, dass die Zuschauerreihen kaum zur Hälfte besetzt sind und das Publikum zu drei Vierteln eher nicht seiner Zielgruppe entspricht, sondern einem eindeutig linkeren Spektrum zuzuordnen ist. Die Euphorie des jungen Mannes steht in starkem Kontrast zu seinen Worten. Er bringt seinen Wunsch nach einem Staat, dessen Gesetze auf der Grundlage der Biblischen geschrieben werden, zum Ausdruck und moniert, wie gefähr-

lich der Einsatz für das Lebensrecht geworden sei, im Angesicht von vermeintlich systematischen und organisierten Angriffen durch die Antifa. Im Mittelpunkt steht Burows Bericht über einen Angriff auf eine Demonstration von Lebensschützern in Koblenz.

Ich erinnere mich an diesen Vorfall, über den in den sozialen Medien ein Video kursierte. Gepostet hat das Video die *TFP Studentenaktion*. Auf dem Account häufen sich Beiträge gegen Homosexualität und Abtreibung, in einigen ist Mathias von Gersdorff zu sehen.

...nach Brasilien

TFP ist das Kürzel der *Vereinigungen zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum*. Dahinter verbirgt sich eine rechtskatholische Organisation mit politischen Ansprüchen, die vor allem Aristokraten anzieht. Der Ursprung des mittlerweile international agierenden Netzwerks findet sich in Brasilien. Dort gründet der Katholik und Universitätsprofessor Plinio Corrêa de Oliveira im Jahr 1960 die erste TFP und verfasst das Grundlagenwerk *Revolution und Gegenrevolution*, auf das sich TFP im internationalen Raum bezieht. Hauptthese ist, verschiedene revolutionäre Stufen, angefangen von der Reformation über die Entstehung des Marxismus bis hin zum postmodernen Kulturrelativismus und der sexuellen Revolution, hätten zur Auflösung der christlichen Ordnung in Europa geführt. De Oliveira romantisiert das Mittelalter, die Inquisition hält er für eine „großartige Institution“.¹ Es bräuchte eine „Revolution des Kreuzes“: die Wiederherstellung religiöser Autorität und die Rückkehr zu einer katholischen Tradition. In *Der Adel*

und die vergleichbaren traditionellen Eliten stellt De Oliveira die Bedeutung des Adels für die heutige Zeit heraus. Dieser sei dazu berufen, „in der Welt die Werte des Christentums zu verteidigen und für den Aufbau einer christlichen Welt zu arbeiten“.²

In den darauf folgenden Jahrzehnten expandiert die TFP von Brasilien aus in weitere südamerikanische Länder und schließlich auch nach Europa, Indien oder Neuseeland. Damit ist die TFP das „größte vom Katholizismus inspirierte antikommunistische und antisozialistische Netzwerk der Welt“.³

Jede TFP-Sektion ist ähnlich aufgebaut: Es gibt die jeweilige nationale TFP, eine dazugehörige Studentenaktion sowie verschiedene Fundraisingaktionen, darunter Initiativen, die mutmaßliche „Marienerscheinungen“ im portugiesischen Fatima ins Zentrum stellen. Hier findet sich über die Webseite *Aktion Deutschland braucht Mariens Hilfe* die Verbindung zur *Deutschen Vereinigung für eine christliche Kultur DVCK e.V.* Die Studentenaktionen der TFP machen vor allem durch Antiabtreibungsproteste auf sich aufmerksam.

Von Nordamerika nach Europa

Vizepräsident der amerikanischen Sektion ist John Horvat II, Autor von *Return to Order*, in der er seine Vision einer Rückkehr zur Ordnung zum Ausdruck bringt. Er proklamiert den Zusammenbruch von Familie und Gesellschaft in Amerika infolge der Abkehr von Gott und seinen Gesetzen. Antwort auf diese „Krise“ sollen eine Rückkehr zu gottgegebenen Institutionen und Prinzipien sein, die auf natürliche Weise die Gesellschaft regulieren und in Balance bringen sollen.⁴



Der „Marsch für das Leben“ ist eine der wichtigsten Veranstaltungen für die „Lebensschützer“-Szene. Charakteristisch sind die weißen Holzkreuze, die an die getöteten „Kinder“ erinnern sollen. Einen Schwangerschaftsabbruch als „Mord“ anzusehen, ist in diesen Kreisen nicht selten. (Foto: Frank Nicolai)

Das Vorwort der deutschen Übersetzung – ein Plädoyer für die Allgemeingültigkeit von Horvats Visionen und deren Anwendung in Europa – hat Paul von Oldenburg verfasst. Paul-Wladimir Herzog von Oldenburg ist der Sohn von Friedrich August von Oldenburg und Marie Cäcilie von Preußen und stammt damit aus dem deutschen Hochadel. Die Cousine von Paul von Oldenburg ist Beatrix von Storch, geborene von Oldenburg, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Alternative für Deutschland im Bundestag.

In ihrer Studentenzeit war sie gemeinsam mit Paul von Oldenburg und ihrem späteren Ehemann Sven von Storch im Verein *Studenten für den Rechtsstaat* aktiv. Dieser erbadelige

Verein setzte sich für die Rückgabe von in der DDR enteignetem Grundbesitz ein.⁵

Während die Häuser Oldenburg und Hohenzollern traditionell protestantisch sind, ist Paul von Oldenburg nach einem gemeinsamen Seminarwochenende der TFP Deutschland und den *Studenten für den Rechtsstaat* mit dem Titel *Strategien ideologischen Handelns*, bei dem auch der Gründer der deutschen Sektion, Matthias von Gersdorff zugegen ist, zum Katholizismus konvertiert und hat sich der TFP angeschlossen. Seitdem ist er nicht mehr als Mitglied der Studentenvereinigung gelistet. Die Verbindungen zwischen der TFP und den von Storchs bleiben weiterhin bestehen

– Beatrix von Storch und ihr Ehemann wurden zuletzt 2022 nachweislich in der TFP Denkkzentrale *Instituto Plinio Corrêa de Oliveira* in Brasilien gemeinsam mit der brasilianischen Königsfamilie Orleans-Braganza de Wittelsbach empfangen.⁶

Heute leitet Paul von Oldenburg das Büro der *Föderation Pro Europa Christiana* (FEPC), ein europäischer Dachverband verschiedener TFP-Sektionen und eben auch der *Deutschen Vereinigung für eine Christliche Kultur DVCK e.V.* Als Lobbyverband bringt die FEPC Kirchenmänner und führende Politiker zusammen und versucht, Einfluss auf politische Entscheidungsfindung zu nehmen.⁷

Von Polen...

Der Fokus europäischer TFP-Sektionen liegt derzeit vor allem auf sexuellen und reproduktiven Rechten, also Abtreibungsrechte, aber auch den Rechten von Homosexuellen und Transpersonen. Zwischen 2009 und 2018 haben sie mindestens 113 Millionen Dollar generiert. Sie versuchen auf verschiedenen Wegen Gesetzgebung und Gesellschaften zu beeinflussen. In Polen zum Beispiel ging aus einem TFP-Ableger *Ordo Iuris*, ein Zusammenschluss rechtskonservativer polnischer Juristen, hervor. Dieser verfolgt die Strategie der Einschüchterung mit Klagen gegen Frauenrechtsaktivistinnen und Journalist*innen, die oft über weniger Ressourcen verfügen.⁸ Der Bundeszentrale für politische Bildung zufolge hat *Ordo Iuris* aktiv an der Verschärfung des Abtreibungsgesetzes mitgewirkt und so genannte „LGBT-freie-Zonen“ gefördert. Mitbegründer der Organisation Aleksander Stepkowski war zeit-

F. F. Katterfeldt ist ein Pseudonym. Die Person hinter diesem Artikel ist politische Aktivist*in und Musiker*in. Sie recherchiert zu christlich-fundamentalistischen Netzwerken und ihren Verstrickungen in rechtsextreme Kreise und möchte dabei anonym bleiben.

weise sogar Sprecher des Obersten Gerichtshofes und steht heute noch dem Lehrstuhl Soziologie des Rechts an der Universität Warschau vor.

Das Beispiel Polen zeigt, welche Wirkmacht solche Netzwerke entfalten können, wenn man sich ihnen nicht aktiv und frühzeitig entgegen stellt. Auch in Deutschland können, wie sich im Folgenden zeigt, die ultrareligiösen Netzwerke bedeutende Erfolge verzeichnen.

...über Deutschland nach Russland

Zuständiger des deutschen TFP-Ablegers ist auch heute noch Mathias von Gersdorff. Von ihm sind Artikel im Internetmagazin *Freie Welt* zu finden, einem Medium, für dessen Inhalt laut Impressum Sven von Storch und die *Zivile Koalition* verantwortlich sind.⁹ Als Adresse ist das Wahlkreisbüro von Beatrix von Storch angegeben, aus dem auch die *Demo für Alle* hervorgegangen ist. Unterstützt wird die *Demo für Alle* von der international agierenden rechtskatholischen Plattform *CitizenGO*, die mithilfe von Petitionen und Bustouren gegen Sexualaufklärung in Schulen, Abtreibungsrechte und Gleichstellung von Homosexuellen und Transpersonen vorgeht. Beide Initiativen verstecken sich dabei hinter vermeintlichem „Kinderschutz“. Während der Gründer von *CitizenGO*,

der spanische Aktivist Ignacio Arsuaga, Kontakte zur AfD, der italienischen Lega und der Fidesz in Ungarn unterhält, ist einer der Geldgeber der Putin-nahe Konstantin Malofejew, ein russischer Milliardär, dessen Wunschtraum eine „Art christliches Zarenreich“ ist. *CitizenGO* war 2025 maßgeblich zusammen mit Beatrix von Storch und diversen Playern der Anti-Abtreibungsszene an der Kampagne gegen Frauke Brosius-Gersdorf beteiligt. Diese Kampagne gipfelte schlussendlich im Verzicht der renommierten Rechtswissenschaftlerin auf die Kandidatur für das Bundesverfassungsgericht. Dass auch in Deutschland eine augenscheinlich so kleine Minderheit wie die Abtreibungsgegner so großen Einfluss auf wichtige Entscheidungsprozesse ausüben kann, ist erschreckend, aber nicht mehr überraschend, wenn man sich mit den Netzwerken dahinter auseinandersetzt.

Die Frage, die bleibt

Wem jetzt der Kopf schwirrt, den kann ich gut verstehen. Mir ging es bei meiner Recherche nicht anders. Zusammenfassend kann man nur sagen: Es gibt ein zutiefst antidemokratisches Netzwerk, das weit über die TFP und weit über Deutschland hinausgeht. Ein Netzwerk, in dem sich der deutsche Erbadel, russische Oligarchen und brasilianische Thronfolger tummeln, die sich in Monarchien und Gottesstaaten nicht nur hineinträumen, sondern ganz aktiv an deren Aufbau arbeiten. Ein Netzwerk, dessen Mitglieder in den höchsten Reihen der Politik und in Gerichten sitzen, und das hohe finanzielle Mittel mobilisieren kann.

Was bleibt, ist die Frage, warum die Leipziger Buchmesse Playern dieses Netzwerkes eine Bühne bietet. Eine

Antwort darauf bleibt die Messe bis heute schuldig.

Quellen

Mathias von Gersdorff auf YouTube: <https://www.youtube.com/@mvongersdorff>
 Deutsche Vereinigung für eine christliche Kultur: <https://www.dvck.de/index.html>
 Aktion Kinder in Gefahr: <https://aktionkinderin-gefahr.de>
 Aktion Deutschland braucht Mariens Hilfe: <https://marienshilfe.de>

Anmerkungen

- 1 <https://www.pliniocorreadeoliveira.info/revolution-und-gegenrevolution-in-sitten-umgebungen-und-institutionen/#gsc.tab=0>
- 2 <https://tfp.at/produkt/der-adel-und-die-vergleichbaren-traditionellen-eliten/>
- 3 https://www.tfp.org/magazines/crusade_mag_vol_134.pdf
- 4 <https://www.returntoorder.org/return-to-order/>
- 5 <https://www.campact.de/blog/2022/11/10-jahre-sozialfeindlichkeit-2-das-aristokraten-netzwerk-von-beatrix-von-storch/>
- 6 <https://andreaskemper.org/2022/11/16/beatrix-von-storch-und-die-tfp/#Storch>
- 7 <https://www.aida-archiv.de/2023/08/08/kreuzritter-gegen-die-moderne/>
- 8 <https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/nr-333/551987/analyse-ordo-iuris-fundamental-katholische-juristen-im-kampf-um-deutungshoheit/>
- 9 <https://www.freiewelt.net/impressum>
- 10 <https://taz.de/Finanzen-der-extremen-Rechten/!5588839/>
- 11 <https://www.deutschlandfunk.de/der-world-congress-of-families-weltweites-rechtes-100.html>



Blasphemische Karikaturen

In den 1990er Jahren prägte Rolf Heinrich als Chefredakteur diese Zeitschrift. Seine Karikaturen auch später noch in der MIZ zu sehen. Nun ist sein zweites Buch erschienen: *Teuflisch!*, das Karikaturen und Aphorismen vereint. Auf konfessionen.org spricht Heinrich im Interview über sein Werk, das er verstanden wissen möchte „als 'Tritt in den Arsch' der mittlerweile über 50 Prozent Konfessionslosen in Deutschland, ... nicht immer aus Bequemlichkeit zur 'Religion im Alltag' zu schweigen“. Seine Kritik richtet sich sowohl grundsätzlich gegen Religion als Ideologie („ein Fremdkörper, der künstlich durch deren Kultdiener implementiert wird“) als auch konkret gegen den politischen Einfluss der Kirchen und deren staatliche Unterstützung.

Alle, die den unverwechselbaren Rolf-Heinrich-Stil mögen, können sich teuflisch auf rund 50 Karikaturen freu-

en. Die anderen können sich darüber aufregen.

Rolf Heinrich: *Teuflisch! Blasphemische Karikaturen und Gedanken*. Neu-Isenburg: Lenz, 2026. 127 Seiten, kartoniert, Euro 18.-, ISBN 978-3-69253-004-8

Selbstbestimmungsgesetz

Lebhaft Diskussionen hat eine 26-seitige Stellungnahme der *Gior-dano-Bruno-Stiftung* (gbs) zum Selbstbestimmungsgesetz von 2024 ausgelöst. Der Ende Mai veröffentlichte Text sieht das neue Gesetz als deutlichen Fortschritt gegenüber dem „Transsexuellengesetz“ (1981) an. Gleichwohl könnten „Selbstbestimmung und Schutzfunktionen“ in Konflikt miteinander geraten, eine „exakte Weltbeschreibung“ (Naturwissenschaft) und ein „fairer Interessenausgleich“ (Recht) müssten in Einklang gebracht werden. Im Abschnitt „Biologie und Geschlechtsbegriff“ wird gezeigt, dass die oft als Gegensatzpaar verstandenen Begriffe „biologisch“ und „sozial“ nicht kompatibel seien mit den „weithin graduellen Grundlagen und Ausprägungen vielfältigster Lebensformen“. Dann werden die Bestimmungen von 1981 einer grundlegenden Kritik unterzogen. Schließlich wird die Kritik am neuen Selbstbestimmungsgesetz erörtert und auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüft. Am Ende steht ein klares Bekenntnis zur Möglichkeit, den Geschlechtseintrag ohne großen Aufwand zu ändern. Darin zeige sich auch „eine begrüßenswerte Abkehr von religiös geprägten Normen“.

Der Philosoph Sebastian Schnelle entgegnet in einem Beitrag im *Humanistischen Pressedienst*, der Versuch „einerseits die Selbstbestimmung von

Transpersonen anzuerkennen und andererseits an einem objektiven Geschlechtsbegriff festzuhalten“, sei gescheitert. Zudem kritisiert er, „dass die umfangreiche philosophische Literatur zu diesem Thema“ nicht berücksichtigt worden sei und somit eine wichtige Perspektive fehle.

Thorsten Barnickel / Jessica Hamed / Michael Schmidt-Salomon / Volker Sommer: Von Fremd- zu Selbstbestimmung. Warum das Ende des Transsexuellengesetzes überfällig war. Stellungnahme der Giordano-Bruno-Stiftung, Oberwesel 2026. (Die Broschüre kann als pdf auf der Webseite der *Giordano-Bruno-Stiftung* kostenlos heruntergeladen werden.)

Freidenkerblätter

Im Januar ist ein neues Heft in der Reihe *Freidenkerblätter* erschienen. Darin geht es um einen deutschen Säulenheiligen. Konrad Adenauer konnte auf eine lange politische Karriere zurückblicken, auf deren Höhepunkt er zum ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde. Werner Rügemer beschreibt ihn in seiner kurzen, sehr kritischen biographischen Skizze als einen Opportunisten, in dessen Karriere es nur zwei Konstanten gab: einen erzkonservativen Katholizismus und eine unverbrüchliche Treue zu den Interessen des Kapitals.

In Schlaglichtern führt der Autor von Adenauers Aufstieg im Kaiserreich bis in die junge Bundesrepublik. Dem Nationalsozialismus gegenüber wahrte Adenauer eine gewisse Distanz, vom Widerstand gegen das NS-Regime allerdings hat er sie noch weiter ferngehalten. Rügemers Fazit: „Auch die Zerstörung der Adenauer-Legenden ge-

hört zum Aufbau eines demokratischen, friedlichen, sicheren, wohlständigen Deutschland und Europa – im Kontext einer multipolaren Weltordnung, zu deren Menschenrechten aus die Arbeits- und Sozialrechte gehören.“

Werner Rügemer: Adenauer. Der christliche Lügner. Freidenkerinnen & Freidenker Ulm/Neu-Ulm, 2026. 29 Seiten, geheftet, Euro 3,50

Kortizes-Symposium

Mit etwas Verspätung ist die Dokumentation des Kortizes-Symposiums von 2024 erschienen. Unter dem Titel *Im Keller des Geistes* befassen sich neun Aufsätze und ein Interview mit der Frage, welche Bedeutung des Unbewusste für unser Denken und Handeln hat. „Die bewussten Inhalte unseres Erlebens haben eine unbewusste Grundlage und eine vorbewusste Entstehungsgeschichte“, schreibt Mitherausgeber Helmut Fink in der Einleitung. Der Maschinenraum des Geistes liege also eher im Keller als in der Beletage der großen Gefühle und geistreichen Einfälle. Die Beiträge beschäftigen sich mit der Arbeitsteilung zwischen Bewusstem und Unbewusstem und der materiellen Basis. Im Einzelnen geht es unter anderem um visuelle Informationsverarbeitung und Geruchssinn, um Schlafen und träumen, und Identität und Selbstverständnis.

Helmut Fink / Rainer Rosenzweig (Hrsg.): *Im Keller des Geistes. Gehirn, Psyche und die Leistungen des Unbewussten*. Hamburg 2026, 187 Seiten, kartoniert, Euro 19,80, ISBN 978-3-948787-13-4

Wie sieht die MIZ der Zukunft aus?

Ein Ausblick auf das Jahr 2027 in eigener Sache

Wie muss ein Politisches Magazin für Konfessionslose und Atheist:IN:innen aussehen, wenn es weiterhin politische Debatten beeinflussen will? Wie kann auf die politischen und medialen Veränderungen erfolgreich reagiert werden, ohne das eigene Profil zu verlieren? Über solche Fragen zerbrechen sich Redaktion, Verlag und einige IBKA-Mitglieder derzeit den Kopf. Denn für 2027 stehen größere Veränderungen an.

Der letzte größere Umbau der MIZ erfolgte 2012. Damals wurde vor allem das Layout modernisiert, insbesondere aber wurde die Webseite völlig neu angelegt. Am grundlegenden Konzept der MIZ als Vierteljahreszeitschrift mit analytischen Artikeln und kurzen Meldungen hat sich damals hingegen nichts geändert.

Mittlerweile hat sich das Mediennutzungsverhalten deutlich von *print* zu *online* verschoben, und auch die säkulare Szene ist nicht mehr mit damals vergleichbar. Hinzu kommt, dass die Personaldecke der Redaktion dünner geworden ist. Und so stehen einer geringer werdenden Reichweite größer werdende Verspätungen bei den Erscheinungsterminen gegenüber.

Die Umstände haben sich verändert, und folglich muss sich auch die MIZ verändern.

Zukunftswerkstatt

Um Antworten auf die Frage zu finden, an welchen Stellschrauben genau gedreht werden muss, fand Mitte Januar in Berlin eine moderierte Zukunftswerkstatt statt. Denn dass die MIZ in der Form, in der sie seit mittlerweile über 50 Jahren publiziert wird,

auf Dauer nicht beibehalten werden kann, war der Redaktion schon seit einiger Zeit bewusst. In den vorbereiteten Sitzungen wurde ein ganzes Bündel Gründe identifiziert, die ein „Weiterso“ unmöglich erscheinen ließen.

Ganz zentral ist ein „interner“ Punkt: Die redaktionellen Kapazitäten reichen nicht mehr aus, um ein pünktlich erscheinendes Vierteljahresmagazin zu erstellen. Und „Nachwuchs“ ist, wie in vielen anderen ehrenamtlich funktionierenden Bereichen auch, nicht in Sicht.

Mindestens genauso wichtig erscheint, dass die Mediennutzungsgewohnheiten sich kontinuierlich ändern: Immer mehr Menschen informieren sich vorrangig über das Internet, und eine vierteljährliche Erscheinungsweise ist ungünstig, um im Cyberspace wahrgenommen zu werden; hier wäre eine kontinuierlicherer Output besser.

Hinzu kommt ein inhaltliches Problem: Der „Markenkern“ der MIZ, die Trennung-von-Staat-und-Kirche-Themen, haben in den letzten Jahren sehr deutlich an öffentlicher Aufmerksamkeit verloren. Da MIZ aber in diesem Bereich die größte Expertise bieten kann und über besonders interessante Kontakte verfügt, ist die einschlä-



gige Berichterstattung zentral für die Profilbildung. Wenn ausgerechnet diese Analyse auf abnehmendes Interesse stoßen, muss über die thematische Ausrichtung nachgedacht werden.

Und schließlich kommt ein ökonomischer Faktor hinzu: Abnehmende Abonnementzahlen führen irgendwann zu Finanzierungsproblemen.

Ausgangspunkt der Zukunftswerkstatt war also die Einsicht, dass es unvermeidlich sei, die MIZ neu und moderner aufzustellen.

Die Bedeutung der MIZ für die säkulare Szene

Die Redaktion geht trotz der gesunkenen Reichweite davon aus, dass die behandelten Themen und Perspektiven für die säkulare Szene von großer Bedeutung sind. Die Artikel halten unerschütterlich an der Notwendigkeit einer Trennung von Staat und Kirchen, Politik und Religion fest. Sie treten entschlossen für individuelle Religionsfreiheit ein, verstehen Religionskritik als Herrschaftskritik. In der Medienlandschaft hat MIZ damit ein Alleinstellungsmerkmal. Indem sie

längere, analytische Artikel veröffentlicht, trägt sie zur Profilbildung der gesamten säkularen Szene bei. Sie ermöglicht niedrigschwellige Kontakte in Wissenschaft und Politik und trägt dazu bei, internationale Verbindungen herzustellen und aufrechtzuerhalten. Als einziges Medium der säkularen Szene, lädt sie Aktive aus allen Verbänden zu Artikeln oder Interviews ein und scheut auch nicht davor zurück, Kontroversen Raum zu bieten. Diese redaktionellen und kommunikativen Leistungen hält die Redaktion für wichtig.

Um zu gewährleisten, dass die MIZ weiterhin erscheinen kann, muss sie sich thematisch und medial neu aufstellen. Das Grundprofil sollte dabei jedoch erhalten bleiben: Die MIZ ist ein politisches Magazin, das sich an Wissenschaft und Menschenrechten ausrichtet. Es analysiert die herrschenden Zustände in längeren Artikeln und macht in kurzen Meldungen das Problemfeld, aber auch die Aktivitäten der säkularen Szene sichtbar. Im Detail jedoch muss sich einiges ändern.

Thematisch heißt das: Wir müssen unsere Kernthemen stärker in beste-

hende Debatten einbetten und den Kontakt zu Spektren mit gemeinsamen Interessen suchen. Kirchen- und Religionskritik wird dadurch als Gesellschaftskritik wahrgenommen und spricht größere Bevölkerungskreise an. Als ein Beispiel kann das Thema Schwangerschaftsabbruch gelten – hier fallen säkulare Politik, das Recht auf Selbstbestimmung und der Kampf gegen die religiöse Rechte zusammen. Dadurch ergeben sich Anknüpfungs-

punkte zu anderen politischen Spektren und Akteur:innen (z.B. feministischen Gruppen).

Medial heißt das: Wir müssen unsere Online-Präsenz anders gestalten, so dass nicht nur vierteljährlich, sondern in wesentlich kürzeren Abständen neuer Content auf der Webseite erscheint. Die Beiträge müssen stärker den durchschnittlichen Mediennutzungsgewohnheiten entsprechen, ohne die inhaltlichen Positionen zu verwässern.

Und über alldem steht als unauflösbare Voraussetzung, dass es mit den zur Verfügung stehenden redaktionellen Kapazitäten zu erreichen sein muss.

Was ändert sich denn nun?

Auf der Zukunftswerkstatt im Januar wurde ein erstes Konzept erarbeitet, das in den folgenden Wochen konkretisiert und auf dem Koordinationsausschuss des IBKA im April diskutiert wurde. An vielen Details wird noch gearbeitet, aber in groben Zügen lässt sich schon sagen, wie es nach Erscheinen des letzten 2026er-Heftes der MIZ weitergehen soll:

Ab Januar werden auf der Online-Präsenz der MIZ in kürzeren Zeitabständen Artikel und Rubrikentexte eingestellt. Dafür wird die Webseite angepasst. Daneben soll zweimal im Jahr ein gedrucktes Heft erscheinen, das auch als ePaper erstellt wird. Es soll weiterhin eine Form des Abonnements geben, das mit einem personalisierten Zugang verbunden sein wird, sodass IBKA-Mitgliedern und Abonnent:innen besondere Angebote offenstehen.

Wie das im Detail ausgestaltet wird, steht noch nicht fest. Daran arbeiten alle Beteiligten, in der Hoffnung nach 55 Jahren wieder mal einen Schritt nach vorne zu machen.



Ideen & Gedanken für ein neues MIZ-Konzept.

Zündfunke

Neuer Feiertag

Der *Bund für Geistesfreiheit* (bfg) München fordert einen neuen Feiertag: Der 8. Mai soll als „Tag der Befreiung“ bundesweit zum gesetzlichen Feiertag werden. Als Ausgleich könne Christi Himmelfahrt gestrichen werden. Für den bfg München ist der 8. Mai „mit Sicherheit einer der wichtigsten, wenn nicht der wichtigste Tag in der (Vor-)Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“. Feiertage sollten „von der Mehrheit der Bevölkerung verstanden, mitgetragen und im besten Fall gelebt werden“. Angesichts der Tatsache, dass der Anteil der Christen an der Bevölkerung stetig sinkt und die aktiven Gläubigen mittlerweile eine Minderheit darstellen, sei es unverständlich, dass in Bayern nur drei von 13 gesetzlichen Feiertagen eine säkulare Begründung haben. „In einer immer säkularer und bunter werdenden Demokratie sind so viele christliche Feiertage nicht mehr zeitgemäß“, heißt es in einer Erklärung dazu.

Kirchentag

Die Aktionsgruppe *11. Gebot* hat mit dem „Hängematten-Bischof“ für einen der wenigen Kontrapunkte auf dem diesjährigen Kirchentag in Würzburg gesorgt. Angesichts des Mottos „Hab Mut, steh auf!“ illustrierte die Großplastik des Künstlers Jacques Tilly, dass von „Aufstehen“ zumindest beim Thema Missbrauch nicht die Rede sein kann. Denn nicht einmal ein Prozent der Veranstaltungen widmete sich der

Aufarbeitung sexualisierter Gewalt in den Reihen der Kirchen.

Zugleich wies die Aktionsgruppe darauf hin, dass der Kirchentag ohne öffentliche Mitteln nicht hätte stattfinden können: Rund 4,5 Millionen Euro – und damit 45% der Gesamtkosten – schoss der Bund, das Land Bayern und die verschuldete Kommune für das „nicht nachhaltige Missionierungsfest“ (David Farago) zu. Wie unangemessen hoch die finanzielle Unterstützung ausfällt, zeigt ein Vergleich zum Umsonst & Draußen-Festival, das seit 1988 in Würzburg stattfindet. Dort kommen durchschnittlich fast dreimal so viele Besucher:innen, es werden aber noch öffentliche Zuwendungen in Höhe von rund 32.000 Euro vergeben.

„Ich bin Muslim“

Im März wurde eine „Akzeptanzkampagne für Vielfalt und Selbstbestimmung im Islam“ durchgeführt. Unter dem Slogan „Ich bin Muslim“ bzw. „Ich bin Muslimin“ wurden vier Motive auf Großplakaten in Berlin geklebt bzw. auf Postkarten in 300 Kneipen und kulturellen Einrichtungen ausgelegt. Zu sehen sind vier Situationen, die in stereotypen Vorstellungen über Muslime nicht vorkommen (egal ob diese nun von der AfD oder der Ditib verbreitet werden): eine muslimische Lehrerin ohne Kopftuch, eine offensichtlich interkulturelle Familie, ein schwules Paar und eine gesellige Szene mit einem Gläschen türkischem Raki. Verantwortlich dafür sind das Mernisside Gouges Bildungs- und Sozialwerk, die Ibn Rushd-Goethe Moschee und der *Arbeitskreis Politischer Islam* (AK Polis).

Mit der Aktion sollte gezeigt werden, dass ein Bekenntnis zum Islam keineswegs automatisch bestimmte

Verhaltensweisen mit sich bringt, sondern dass auch für Muslime gilt, dass sie vielfältige Lebensformen pflegen und nur eine Minderheit sich an den Vorstellungen der religiösen Rechten orientiert. Der Projektleiter der Akzeptanzkampagne, Tugay Saraç von der *Anlaufstelle für Islam & Diversity* (AID), meint dazu: „Unsere Motive stehen für Individuen mit unterschiedlichen Biografien und freiheitlichen Lebensentwürfen. Sie unterscheiden sich deutlich von kollektivistischen Identitätsmodellen, wie sie von islamistischen Akteuren vertreten werden. Wir zeigen die wirkliche Vielfalt in Deutschland. Musliminnen und Muslime sind keine homogene Gruppe. Vielfalt ist Normalität.“

Gefängnisseelsorge

Der *Humanistische Verband Deutschland* (HVD) Berlin-Brandenburg hat in der Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow im Januar 2026 mit Gefängnisseelsorge begonnen. Es ist bundesweit das erste humanistische Angebot in diesem Bereich. Das Konzept orientiert sich an anderen europäischen Ländern wie den Niederlanden, in denen es bereits eine humanistische Gefängnisseelsorge gibt. Katrin Raczynski, Vorstandsvorsitzende des HVD Berlin-Brandenburg, sieht in dem neuen Seelsorgeformat „ein Angebot für Menschen, die sich eine weltlich-humanistische Begleitung wünschen“. Angesichts einer zu 80% konfessionslosen Bevölkerung gesteht sogar der brandenburgische Justizminister zu, dass es sich um „eine wichtige Ergänzung der bisherigen Angebote“ handelt, die auf die „weltanschauli-

chen Hintergründe der Gefangenen eingeht“ und Bedeutung für die Resozialisierung hat. Die Finanzierung erfolgt im Moment durch Lottomittel des Justizministeriums. Der HVD geht aber davon aus, dass die humanistische Gefängnisseelsorge nun institutionell verankert ist.

Podcast

Als Körperschaft des öffentlichen Rechts steht dem *Bund für Geistesfreiheit* (bfg) Bayern Sendezeit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu. Ein paar Mal im Jahr kann er eine 15-minütige Sendung produzieren, die dann an einem Sonntag um 6.45 Uhr auf BR 2 ausgestrahlt wird. Oft wird die Form des Interviews gewählt, so auch für die Sendung im April. Da sprach Gislinde Nauy, stellvertretende Vorsitzende des bfg Bayern mit Gesa Birkmann, die zur Geschäftsführung der Frauenrechtsorganisation *Terre des Femmes* gehört. Thema war, welche Gemeinsamkeiten Säkularismus und Feminismus haben.

Als wichtige Schnittmenge wurde die Selbstbestimmung benannt, was sich am Kampf gegen den § 218 zeigt, dessen ersatzlose Streichung die meisten säkularen Verbände fordern. Auch ein verpflichtender Ethikunterricht steht sowohl bei *Terre des Femmes* als auch beim bfg Bayern auf der politischen Agenda. Auch in Fragen der Kinderrechte gibt es Gemeinsamkeiten: Beide Organisationen lehnen die Verschleierung von Mädchen unter 14 Jahren im Klassenzimmer ab.

Gerade mit Blick darauf, dass die Anzahl der aktiven Frauen in der säkularen Szene eher gering ist, hofft der bfg Bayern, dass „dieses Gespräch der Auftakt zu einer umfassenderen Zusammenarbeit“ sein möge.

Tanzverbot

Auch dieses Jahr ist es in mehreren Städten gelungen, trotz des Tanzverbots am Karfreitag zu feiern. Am meisten war in München los, dort gab es von Gründonnerstag bis Karsamstag 60 Veranstaltungen in zahlreichen Clubs und Bars. Teil der Veranstaltungen war jeweils eine Erklärung des *Bundes für Geistesfreiheit* (bfg) München, worin dessen weltanschauliche Ausrichtung besteht. Diesen Bezug hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil aus dem Jahr 2016 gefordert, nur unter dieser Voraussetzung könnten Tanzveranstaltungen zugelassen werden.

Während in München die Zusammenarbeit mit dem Kreisverwaltungsreferat seit einiger Zeit reibungslos läuft, wurden in Stuttgart die sieben geplanten Veranstaltungen den Kirchen zur Begutachtung vorgelegt. Verhindern konnte das Ordnungsamt „Tanzen macht glücklich – Feiern gegen Tanzverbote“ nicht, allerdings musste ein detaillierter Ablaufplan eingereicht werden. Für die *Giordano-Bruno-Stiftung* (gbs) Stuttgart zeigen sich in diesem Vorgehen „die Restbestände obrigkeitsstaatlicher Gefühlslenkung“.

In Bochum und Düsseldorf wurde nicht getanzt, dafür lief dort ein Film, der lange Zeit an Stillen Tagen nicht ausgestrahlt werden durfte (wie rund 700 weitere): *Das Leben des Brian* von *Monty Python*. Von Schwierigkeiten berichteten weder der *Düsseldorfer Aufklärungsdienst* (DA!) noch *Religionsfrei im Revier*. Ganz anders in Dortmund. Dort wurde die *Rocky Horror Picture Show* gezeigt, allerdings hatte die zuständige Bezirksregierung



Arnsberg dem *Humanistischen Verband Deutschland* (HVD) NRW nachhaltige Schwierigkeiten bereitet. Die Filmvorführung wurde erst am 26.3.2026 genehmigt, wodurch kaum noch Werbung dafür gemacht werden konnte. Der HVD hatte nicht mehr mit einem positiven Bescheid gerechnet und sich bereits auf eine Klage eingerichtet.

Auch einer von der *Partei der Humanisten* angemeldeten Demonstration in Köln wurden Steine in den Weg gelegt. Mit dabei sollte auch ein Lautsprecherwagen sein, aus dem tanzbare Musik zu hören sein sollte. Die Humanisten-Partei berichtet, dass in den Vorgesprächen durchgeklungen sei, die Musik aus dem Lautsprecherwagen sei als reine Unterhaltung zu sehen, was zu einer Ordnungsstrafe führen könne. In den Auflagenbescheid hat es diese Auffassung dann aber doch nicht geschafft.

Rezension

John McWhorter: Die Erwählten. Wie der neue Antirassismus die Gesellschaft spaltet. Hamburg: Hoffmann und Campe 2022. 256 Seiten, gebunden, Euro 23.-, ISBN 978-3-455-01297-2

Folgende Situation: Sie sitzen im Café und hören am Nebentisch eine Diskussion: Eine junge Frau erzählt, dass sie als schwarze Person nicht wagen könne, bestimmte Bücher zu kritisieren, weil das als „kulturelle Aneignung“ gelte. Ihr Gegenüber, ein weißer Mann, nickt verständnisvoll und versichert, dass er als „Privilegierter“ sowieso nicht mitreden dürfe. Was klingt wie eine skurrile Anekdote, ist für John McWhorter Alltag der neuen Identitätspolitik – und genau dagegen wendet sich sein Buch *Die Erwählten*.

McWhorter, Professor an der Columbia University, Linguist und regelmäßiger Kolumnist der *New York Times*, zerlegt in neun Kapiteln die anti-aufklärerische Kehrseite dessen, was sich selbst „Antirassismus“ nennt. Seine Kernthese: Diese neue Doktrin – von ihm „Woke-Religion“ oder „Dritter Rassismus“ genannt – spaltet mehr, als sie verbindet. Sie funktioniert wie eine Religion mit Erwählten (der „Woken“), Sünden („Mikroaggressionen“) und Exkommunikation (Cancel Culture). „Diese neue Religion hat Dogmen, sie hat Priester, sie hat sogar einen eigenen Jenseitsglauben“ (S. 23), schreibt er und vergleicht die Bewegung mit dem Puritanismus des 17. Jahrhunderts.

Im ersten Kapitel „Die neue Religion“ zeigt McWhorter, wie Identitätspolitik die klassische Bürgerrechtsbewegung verrät. Martin Luther King kämpfte für einen „Inhalt des Charakters“ statt „Hautfarbe“ – heute werde das umge-

kehrt. Kapitel zwei bis vier analysieren die Sprachpolizei („Sprachschutz“), die Opfer-Olympiade („Oppression Olympics“) und die Abschaffung von Individualität zugunsten von Gruppenzugehörigkeit. Besonders pointiert wird die Kritik an der „Disparitäts-Doktrin“: Jede statistische Ungleichheit wird automatisch als Rassismus gewertet, Ursachenforschung gilt als Häresie.

Im Zentrum steht die Analyse von Ibram X. Kendis *How to be an Antiracist* und Robin DiAngelos *White Fragility*. McWhorter zeigt, wie Kendis Aufruf zu aktiver Diskriminierung („Um rassistisch zu sein, muss man nicht hassen, man muss nur anders sein“ [S. 112]) logisch in die Sackgasse führt. DiAngelo wiederum entlarvt er als Verkaufsmaschine für Schuldgefühle: „Sie verdient Millionen damit, weißen Managern einzureden, sie seien von Natur aus böse“ (S. 156).

Das Buch schließt mit konkreten Vorschlägen: Bildung statt Schuldzuweisung, freie Debatte statt Zensur, Universalismus statt Tribalismus.

Wieso es sich lohnt, das Buch zu lesen? Weil Identitätspolitik die (säkularen) Errungenschaften der Aufklärung bedroht: Vernunft, Individualität, Universalismus. McWhorter kämpft hierfür mit der Präzision eines Linguisten und der Polemik eines Publizisten. In einer Zeit, in der Menschenrechte universell sein sollten, zeigt er, wie „Antirassismus“ zum Rassismus mutiert. „Die wahre Bedrohung für den Fortschritt ist nicht weiße Vorherrschaft, sondern weiße Unterwerfung“ (S. 289).

McWhorters Buch ist kein langes Pamphlet, sondern eine präzise Diagnose mit Therapiezept. Lesenswert – dringend sogar.

Christoph Lammers

Rezension



Jan-Heiner Tück (Hrsg.): *Wiederkehr der Säkularisierung? Der Streit um die religiöse Indifferenz*. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag 2026, 191 Seiten, gebunden, Euro 22.-, ISBN 978-3-451-02551-8

Der Titel hat mich als Atheistin neugierig gemacht – wieso „Wiederkehr der Säkularisierung“? Gab es sie mal und dann war sie weg – oder was ist gemeint? Der Herausgeber greift in seinem „Präludium zu einer vielstimmigen Debatte“ diese Frage auf und stellt sie ins Zentrum der publizierten Beiträge. Die Stimmen in dieser inner-theologischen Diskussion reichen von „Säkularisierung sei anhaltend“, „sie verstärke sich sogar, daher könne sie

nicht wiederkehren“ bis hin zu: „die christliche Religion habe viele Gesichter und Formen, daher könne man von einer Wiederkehr der Säkularisierung nicht sprechen“.

In den folgenden Beiträgen wird dieser christliche Kontext durchaus verlassen und zu Recht darauf verwiesen, dass sich die Situation im globalen Maßstab unterschiedlich darstelle. Während aus dem eingengten europäischen Blickwinkel von „Untergangsszenarien“ gesprochen wird, sähen die Zahlen in afrikanischen oder asiatischen Ländern anders aus. Zutreffend schreibt Tück: „Allzu viele neigen dazu, Befunde aus Deutschland als repräsentativ für Europa oder gar die Welt insgesamt zu halten...“ (S. 17/1). Diese Ängste vor dem Rückgang des Einflusses christlicher Religionen bzw. der Bedeutung von Theologie und Kirche und die im Buch aufgeworfene Frage „wie sollen Kirche und Theologie darauf reagieren, dass immer mehr Menschen gar nicht mehr danach fragen, worauf das Evangelium antwortet“, sind nicht mein Problem und sollen daher hier auch nicht besprochen werden.

Interessant für mich war dagegen der Beitrag von Detlef Pollack zur Auseinandersetzung mit „theologischen Strategien zur Bestreitung der Säkularisierungsthese“. Auch das abgedruckte Gespräch zwischen Friedrich Wilhelm Graf (einem der Kritiker von Pollack, er zweifelt insbesondere die Plausibilität bzw. Repräsentanz der von Pollack und anderen vorgelegten soziologischen Studien an) und dem Herausgeber ist lesenswert. Ansonsten ist das Buch eher eine Selbstvergewisserung von Theologen in für sie schwierigen Zeiten.

Viola Schubert-Lehnhardt

Internationale Rundschau

Bildung

Deutschland

Hamburg. Die *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* (GEW) hat im Juni eine Petition an die Hamburger Schulbehörde übergeben. Darin fordern etwa 5000 Unterzeichner:innen, Ethikunterricht als Wahlpflichtfach bereits ab Klasse 1 anzubieten. Derzeit existiert eine Wahlmöglichkeit erst ab Klasse 7; vorher gibt es den „Religionsunterricht für alle“. Angesichts der Tatsache, dass in Hamburg mittlerweile eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung konfessionslos ist, meint die GEW, das im Schulgesetz verankerte Recht der Eltern, über die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht zu entscheiden, werde ausgehöhlt, wenn keine echte Alternative zur Wahl stehe. Der „Religionsunterricht für alle“ ist für konfessionslose Kinder auch deshalb ein fragwürdiges Angebot, weil im Hamburg seit 2023 wieder darauf geachtet wird, dass eine „Vocatio“ vorliegt. Das bedeutet, dass diesen Unterricht nur Lehrkräfte erteilen dürfen, die einer der im Staatsvertrag genannten Religionen angehören. Die Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung hat bereits verlauten lassen, dass sie an ihrem „bundesweit beachteten Erfolgsmodell“ festhalten möchte.

taz, 11.6.2026

Münster. Auf einer Tagung am Zentrum für Islamische Theologie der Universität Münster wurde die Frage erörtert, was sozialwissenschaftliche

Islamforschung leisten kann. Mouhanad Khorchide, Leiter des Zentrums für Islamische Theologie der Universität Münster, formulierte das Problem: Die Islamwissenschaft sei mit hohen „Erwartungen von Politik, Islamverbänden und den Medien“ konfrontiert. Vor allem erstere wünsche Resultate, die zeigen, „es funktioniert alles“ (also der „Religionsunterricht, die islamischen Studien, die Theologieausbildung und die Integration“). Denn nur dann entstehe in der Bevölkerung der Eindruck, dass die Politik ihren Job gut mache. In mehreren Beiträgen wurde mehr Wissenschaftsfreiheit gefordert und die Hoffnung geäußert, dass „Forscherinnen und Forscher nicht sehr schnell einfach pauschal stigmatisiert werden“, wenn sich bei irgendwem Unzufriedenheit mit den Studienergebnissen einstellt.

Als Beispiel führte Khorchide eine Studie über Einstellungen angehender Islam-Lehrer:innen aus dem Jahr 2024 an. Die Debatte habe sich voll auf vorhandene antisemitische Ansichten konzentriert und sei sehr polarisiert geführt worden. Deshalb, so Yasemin El-Menouar von der Bertelsmann-Stiftung, dürfe der Blick nicht nur auf Probleme gehen, sondern auch auf Möglichkeiten, diese zu lösen. Als wichtig schätzte sie ein, dass die Islamwissenschaft ergebnisoffen bleibt, transparent ist und auf die Qualität der Studien geachtet wird. Nicht alle an der Tagung Beteiligten teilten diese universalistische Perspektive. Naika Foroutan, Direktorin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung, vertrat den offensichtlich identitären Gegenstandspunkt: „Die Forschung über den Islam ist nicht für Muslime, son-

dern für tendenziell vor Muslimen-Angst-habende-Nichtmuslime“.

NDR, 8.6.2026

Bielefeld. Ein katholische Seelsorger, der an der konfessionellen Marienschule in Bielefeld Religionsunterricht erteilte, ist vorübergehend freigestellt worden. Schüler:innen hatten sich beschwert, weil der Mann im Unterricht geäußert haben soll, dass er keinen Unterschied sehe zwischen der Tötung eines 18 Wochen alten Fötus und der Tötung eines 18-jährigen Menschen. Anderen Berichten zufolge hatte er Abtreibungen mit dem Holocaust verglichen und „demokratiefeindliche Gesten“ gezeigt.

Der Seelsorger war offenbar erst anderthalb Wochen an der Schule. Ihm droht nun die Beendigung des Dienstverhältnisses und der Entzug der Vocatio.

WDR, 21.5.2026

Italien

Rom. Ab dem neuen Schuljahr wird es an Italiens Schulen Einschränkungen beim Sexualkundeunterricht geben. Die Regierungskoalition hat ein Gesetz beschlossen, das Sexualaufklärung an die ausdrückliche Zustimmung der Eltern bindet. In der der Grundschule und im Kindergarten findet sie gar nicht mehr statt. Nur über die Risiken sexuell übertragbarer Krankheiten soll – im Biologieunterricht – informiert werden.

Als einen Grund für die Neuregelung führt Bildungsminister Giuseppe Valditara von der rechtspopulistischen Partei Lega das Elternrecht an. Die Erziehungsberechtigten müssten „wie-

der eine Stimme in Fragen der Geschlechtsidentität ihrer minderjährigen Teenager“ erhalten. Dabei fiel auch der rechte Kampfbegriff „Gender-Propaganda“.

Spiegel, 5.6.2026

In Südtirol wird ab Herbst 2027 ein Zwangsethikunterricht für sämtliche Schüler:innen eingeführt, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen. Dies war bislang in Italien nicht üblich.

Derzeit sind es 88,5% die in katholischer Religionslehre unterrichtet werden; 11,5% mussten dies nicht. Für sie wird das verpflichtende „Alternativangebot“ eingeführt. Erprobt wird die Neuerung bereits jetzt: in einem Pilotprojekt an 30 Schulen. Eigene Ethiklehrkräfte soll es nicht geben, vielmehr ist vorgesehen, „dass Lehrpersonen, die schon Teil des Kollegiums sind, ... Ethikunterricht zusätzlich zu ihrem eigenen Fachunterricht übernehmen“. Die Qualifizierung könne über ein Lehramtsstudium im Fach Ethik in Österreich oder berufsbegleitend erworben werden.

ORF, 21.5.2026

Vereinigte Staaten

New Orleans. Ein Gericht in New Orleans hat ein Gesetz für zulässig erklärt, das texanische Schulen verpflichten, die Zehn Gebote im Klassenzimmer aufzuhängen. Wahrscheinlich wird die Angelegenheit nun vor dem Obersten Gerichtshof landen.

Nachdem die Vorinstanz das Gesetz noch als Verstoß gegen die Religionsfreiheit gewertet hatte, urteilte das Berufungsgericht, dass keine religiösen

Handlungen vorgeschrieben würden. Die Zehn Gebote seien nicht Gegenstand des Schulunterrichts, Schüler müssten sie auch nicht befolgen. Folglich sei die Religionsfreiheit nicht beeinträchtigt.

Der Gouverneur von Texas, der Republikaner Greg Abbott, hatte die Zehn Gebote als „Grundlagen des westlichen Rechts und der westlichen Moral“ bezeichnet.

Tagesspiegel, 23.4.2026

Daten & Fakten

Deutschland

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa, das die AfD in der „Sonntagsfrage“ bei 29% sieht, würden leicht überdurchschnittlich viele Konfessionslose diese Partei wählen (30%). Die Werte für Protestanten (27%) und Katholiken (26%) liegen jeweils etwas niedriger. Befragt wurden 1203 Personen im Zeitraum von 11. bis 15. Mai.

Anm. MIZ: Diese Zahlen bedeuten einen Rückschlag für die Vorstellung, dass es sich bei den Konfessionslosen um eine Gruppe handelt, die in stärkerem Maße als Kirchenmitglieder für „die Ideale der Aufklärung ..., für das Grundrecht auf Selbstbestimmung und Weltanschauungsfreiheit“ eintritt.

Die Welt, 17.5.2026

Immobilien

Spanien

In Spanien steht der Franziskanerorden in der Kritik. Die Mietergewerkschaft Sindicato de Inquilinos wirft ihm Immobilienspekulation vor: Der

Orden setze Zwangsräumungen durch. Die Rede ist von mehreren Dutzend Betroffenen. Als Beispiel führt das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* den Fall eines Rentners an, der von einer deutliche Mieterhöhung überfordert gewesen sei. Trotz einer Mahnwache habe die Polizei den 67-Jährigen aus seiner Wohnung entfernt; er sei nun obdachlos.

Laut Mietergewerkschaft funktioniere das Modell so, dass renovierungsbedürftige Wohnungen zunächst billig vermietet würden. Bedingung sei dabei, dass die Mieter etwas zur Sanierung beitragen. Sobald diese abgeschlossen sei, würden die Mieten stark angehoben – mit der Folge, dass viele der Mieter:innen sich die soeben sanierte Wohnung nicht mehr leisten können.

Nach Einschätzung der Mietergewerkschaft vermietet die Franziskaner derzeit etwa 100 Gebäude in Madrid. Als besonders empörend wird angesehen, dass viele der Immobilien aus Spenden oder Nachlässen von Gläubigen stammten, die davon ausgingen, dass diese für wohltätige Zwecke eingesetzt würden.

Spiegel, 9.5.2026

Kirchenaustritt

Deutschland

Kiel. Die Stadt Kiel hat mit einem Instagram-Post für ihre Online-Video-Sprechstunde beim Standesamt geworben. Dass als Beispiel ein Kirchenaustritt verwendet wurde, führte zu Empörung bei Kirchenfunktionären. Daraufhin löschte die Kommune den Post. Vier Monate später wird der Dienst nicht mehr angeboten.

Im Zuge der Digitalisierung soll in Kiel Verwaltung konkret verein-

facht werden. Der Videospot zeigt, wie eine Frau von der Möglichkeit, den Kirchnaustritt digital durchzuführen, erfährt und mit „Daumen hoch“ begrüßt. Das katholische Büro, die kirchliche Lobbyeinrichtung in der Stadt, sah in dem Clip Werbung für den Kirchnaustritt, die protestantische Kollegen befanden, dass ein Kirchnaustritt kein „neutraler Vorgang wie eine Ummeldung“ sei.

In Kiel treten jährlich etwa 4000 Menschen aus einer der beiden großen Kirchen aus.

Spiegel, 9.2.2026; Kieler Nachrichten, 5.6.2026

Anm. MIZ: Warum ein Vereinsaustritt anders zu bewerten sein soll, als der Umzug in eine andere Stadt, bleibt unerklärlich. Den Kirchnfunktionären darf unterstellt werden, dass sie von Anfang an verhindern wollten, dass das digitale Angebot zum Kirchnaustritt etabliert wird. Zu einer deutlich verlängerten unfreiwilligen Kirchnmitgliedschaft dürfte dies allerdings nur in Ausnahmefällen führen. Denn die Wartezeiten auf einen Termin zum Kirchnaustritt sind in Kiel sehr kurz.

Die beiden großen christlichen Kirchen haben 2025 etwa 1,2 Millionen Mitglieder verloren. Damit organisierten sie Ende des Jahres noch 36,6 Millionen Gläubige. Der größere Teil des Rückgangs ist auf Kirchnaustritte zurückzuführen. Die evangelischen Landeskirchen verzeichneten 350.000 Austritte, bei der katholische Kirche waren es etwa 307.000; während bei den Protestanten die Zahl damit gegenüber dem Vorjahr nochmal leicht

angestiegen ist, ging diese bei den Katholiken um 4,4% zurück.

Der zweite Faktor ist die zunehmende Lücke zwischen verstorbenen Mitgliedern und Taufen. Einem Verlust von 330.000 Mitgliedern standen bei den evangelischen Kirchen nur 121.000 Taufen und Neuaufnahmen entgegen. Die von der *Evangelischen Zeitung* veröffentlichten katholischen Daten sind hier nicht aussagekräftig, weil sie nur die katholischen Bestattungen im Inland verzeichnen, nicht die Gesamtzahl der Todesfälle.

Evangelische Zeitung, 16.3.2026

Kirchnfinanzen

Deutschland

Auch 2025 hat die *Evangelische Kirche in Deutschland* (EKD) bei den Kirchnsteuereinnahmen zugelegt. Nach eigenen Angaben wurden 6,09 Milliarden Euro eingenommen, was einem Anstieg von ziemlich genau 2% entspricht. Die gute Einnahmesituation sei auf die gestiegenen Löhne und Einkommen zurückzuführen, insbesondere aber habe sich der Anteil der Kirchnsteuer auf Kapitalerträge erhöht. Diese seien um 23,4 Prozent auf 445,8 Millionen Euro gestiegen, während der Zuwachs bei der Kirchnlohn- und -einkommensteuer nur 0,7% betrug.

Im selben Zeitraum haben die EKD-Kirchen etwa 3% ihrer Mitgliedschaft verloren.

Domradio, 20.5.2026

Köln. Der Kölner Dom ist ab 1. Juli nicht mehr uneingeschränkt kostenlos zu-

gänglich. Nur wer einen Gottesdienst besuchen oder ein Gebet verrichten will, darf das Baudenkmal (über einen Seiteneingang) einfach so betreten, touristische Besucher müssen am Haupteingang für 12 Euro eine Eintrittskarte erstehen. Von den etwa sechs Millionen Besucher im Jahr, fallen 99% in diese Kategorie. Es wurde auch eine Möglichkeit zum Online-Ticketkauf eingerichtet.

Die zu erwartenden Einnahmen in Höhe von an die 60 Millionen Euro sollen in vollem Umfang für den Erhalt und Betrieb des Doms eingesetzt werden. Dafür müssten pro Tag 44.000 Euro aufgewendet werden, teilte ein Finanzverantwortlicher des Bistums mit.

tagesschau, 2.6.2026; Der Standard, 3.6.2026

Anm. MIZ: Wenn die vom Domkapitel angegebenen Zahlen stimmen, sind jährlich etwa 60 Millionen Euro Einnahmen aus den Eintrittskarten zu erwarten (möglicherweise etwas weniger, wenn besonders viele ermäßigte Ticket verkauft werden, die nur sechs Euro kosten). Die jährlichen Kosten belaufen sich auf 365 mal 44.000 Euro, also auf gut 16 Millionen Euro. Da das Domkapitel annimmt, dass der Eintritt nicht dazu führen wird, dass weniger Menschen kommen, sieht es danach aus, als könnten mit der Maßnahme beeindruckende Rücklagen gebildet werden.

In Thüringen ist eine Debatte über die Staatsleistungen an die christlichen Kirchen ausgebrochen. Auslöser war die vermeintliche Ankündigung der AfD, diese im Falle eines Wahlsieges zu streichen. Die *Evangelische Kirche Mitteldeutschland* erhält in dem Bundesland 23 Millionen Euro als Staats-

leistung, das Bistum Erfurt 6,6 Millionen Euro. In öffentlichen Äußerungen verwiesen Kirchenvertreter auf sinkende Kirchensteuereinnahmen. Ein leitender Diakonieangestellter behauptete, ein Wegfall dieser Subvention führe dazu, dass in der diakonischen Arbeit „bestimmte Standards nicht mehr zu halten“ wären, beispielsweise „Pflegepersonal angemessen zu bezahlen“.

MDR, 23.5.2026

Krieg & Militär

Israel

In Israel sind zwei Soldaten von einem Militärgericht verurteilt worden, weil sie an der Beschädigung eines Kruzifixes beteiligt waren. Ein Soldat soll mit einem Hammer auf den Jesus-Korpus eingeschlagen haben, der andere habe die Situation gefilmt. Beide müssen nun eine 30-tägige Haftstrafe absitzen. Sechs weitere Soldaten sollen dabei gewesen sein, die Attacke aber weder verhindert noch den Vorgesetzten gemeldet haben. Ob auch sie mit disziplinarischen oder juristischen Maßnahmen rechnen müssen, ist noch nicht entschieden.

Israel Außenminister Gideon Saar entschuldigte sich bei den Christen wegen der Verletzung ihrer religiösen Gefühle.

Zeit, 21.4.2026

Vereinigte Staaten

In den US-Streitkräften wird die Militärseelsorge in Sinne eines christliche Nationalismus neu gestaltet. Von den ursprünglich über 200 zugelassenen Gruppen, dürfen zukünftig nur noch 31 Militärggeistliche entsenden.

Neben Juden, Muslimen, Buddhisten, Hindus und Sikhs sind die vor allem diverse christliche Konfessionen. Gestrichen wurden unter anderem Neuheidnische und schamanistische Gruppen, New-Age-Kirchen und kleine Religionsgemeinschaften. Die *Military Religious Freedom Foundation*, die für Religionsfreiheit in der US-Armee eintritt, hat die Reduzierung als verfassungswidrig bezeichnet.

Vatican News, 5.6.2026

Medien

Italien

Während der Olympischen Winterspiele hat es in Italien Streit über einen 30 Sekunden langen Clip gegeben, mit dem Live-Übertragungen eingeleitet wurden. Darin ist unter anderem Michelangelos Vitruvianischer Mensch zu sehen – allerdings nicht originalgetreu, sondern digital „kastriert“: die Geschlechtsteile wurden wegretuschiert. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk RAI wies jede Verantwortung von sich, da der Vorspann vom offiziellen Produktionsdienst der Internationalen Olympischen Komitees *Olympic Broadcasting Services* übernommen worden sei. Dessen Inhalt könne nicht verändert werden. Allerdings hat die RAI den Spot laut Medienberichten vorab gesehen und keine Einwände erhoben.

Hintergrund für die Manipulation des Michelangelo-Kunstwerkes könnten IOC-Richtlinien sein, wonach „explizit sexuelle“ Darstellungen untersagt sind.

Spiegel, 13.2.2026, Finestre sull'Arte, 17.2.2026

Missbrauchsskandal

Deutschland

Die Sprecherin evangelischer Missbrauchs-betroffener Nancy Janz ist zurückgetreten. Auch ihre seit 2022 andauernde Mitarbeit im Beteiligungsforum Sexualisierte Gewalt hat sie beendet. Dieses Gremium hatte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eingerichtet, damit Betroffene an der Aufarbeitung des Missbrauchsskandals mitwirken können.

Ihren Abgang verband sie mit Kritik an der evangelischen Kirche. Ohne das Beteiligungsforum wären, so Janz, die wichtige Ergebnisse wie die Anerkennungsrichtlinie nicht erreicht worden. Trotzdem habe es nicht immer Anerkennung für diese Leistungen gegeben. Sie habe den Eindruck, dass die Arbeit „nicht wirklich ernst“ genommen worden sei und habe sich eher als „Alibi“ gefühlt. Dass es auch aus den Reihen der Betroffenen immer wieder deutliche Kritik gegeben habe, führt sie darauf zurück, dass die evangelische Kirche das Erreichte viel zu langsam umgesetzt habe. Zudem fehle es an Verbindlichkeit, wenn es um die Durchführung von Beschlüssen gehe.

Auch der zweite Betroffenensprecher lässt sein Amt seit September 2025 ruhen.

Tagesspiegel, 4.2.2026; NDR, 4.2.2026

Sri Lanka

In Sri Lanka ist ein hochrangiger buddhistischer Mönch festgenommen worden. Ihm wird vorgeworfen, seit 2022 fortgesetzt ein damals 12-jähriges Mäd-

chen missbraucht zu haben. Medienberichten zufolge gebe es in dem Land Missbrauchsvorwürfe gegen rund 300 buddhistische Mönche, in etwa 10% der Fälle sei Anklage erhoben worden.

Die katholische Minderheit in Sri Lanka (ca. 7%) hat in mehreren Städten Demonstrationen veranstaltet. Dabei wurde gefordert, dass religiöse Stätten für Frauen und Kinder sicher sein müssten. Außerdem wurde kritisiert, dass es in der Berichterstattung eher um die Verteidigung des mutmaßlichen Täters gehe als um eine Unterstützung der Opfer.

Vatican News, 30.5.2026

Recht

Belgien

In Belgien ist Anklage gegen einen Mann erhoben worden, der ohne die vorgeschriebene medizinische Ausbildung Beschneidungen durchgeführt hat. Die Staatsanwaltschaft Antwerpen wirft dem „Mohel“ (ein jüdischer Beschneidungsfachmann) die illegale Ausübung ärztlicher Tätigkeiten und vorsätzliche Körperverletzung vor.

Die Regierungen der USA und Israels haben daraufhin mit heftiger Kritik reagiert und Belgien des „Antisemitismus“ beschuldigt. Israels Außenminister Gideon Saar stellte Belgien in eine Reihe mit Ländern, in denen die Ausübung des Judentums strafrechtlich verfolgt wird.

Deutschlandfunk, 8.5.2026

Deutschland

Saarbrücken. Mit den Stimmen von SPD und CDU hat der saarländische Landtag die Landesverfassung geän-

dert. Zukünftig wird diese von einer Präambel eingeleitet, in der steht, dass sich das Saarland „im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, auf der Grundlage des religiösen und humanistischen Erbes“ die folgenden Verfassungsartikel gegeben habe. Eine Änderung bestimmter Artikel war seit Längerem geplant, die Einfügung eines Gottesbezugs war im ursprünglichen Entwurf jedoch nicht enthalten. Dieser wurde aufgrund der Lobbyarbeit eines Bündnisses aus christlichen Kirchen, der Synagogengemeinde Saar und muslimischen Verbänden aufgenommen.

Im Saarland sind über 40% der Bevölkerung konfessionslos.

Deutschlandfunk, 16.5.2026

Bremen. Das Verwaltungsgericht Bremen hat entschieden, dass ein der Religionsgemeinschaft der Sikh angehörender Polizeianwärter auch „bei Einsätzen mit Bürgerkontakt“ seinen Turban tragen darf. Der Mann studiert derzeit Polizeivollzugsdienst an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Bremen. In der Praxisphase war er vom Polizeipräsidenten angewiesen worden, den Turban im Dienst abzugeben. Da er sich weigerte wurde er in den Innendienst versetzt. Dagegen hatte der Sikh unter Berufung auf die Religions- und Berufsfreiheit geklagt.

Das Gericht befand im Eilverfahren, dass für eine derartige Grundrechtseinschränkung keine Rechtsgrundlage bestehe. Eine solche schnell herzustellen, mahnte der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion an. Die Bürger:innen müssten „darauf vertrauen können, dass die Polizei neutral, unabhängig und unparteiisch handelt. Religiöse

Symbole sind mit diesem Anspruch nicht vereinbar.“

Legal Tribune online, 23.3.2026

Religionsfreiheit

Laut einer Studie des *Pew Research Center* hat sich der Zustand der Religionsfreiheit seit 2023 verschlechtert. Eine wesentliche Ursache für die Eskalation sieht das Meinungsforschungsinstitut in der Polarisierung nach dem Angriff der Hamas auf Israel und dem anschließenden Krieg im Gazastreifen. Die Veränderungen betreffen einerseits staatliche Maßnahmen: In 185 Staaten wurde festgestellt, dass die Überwachung von Religionsgemeinschaften verstärkt wurde, in fast genauso vielen Ländern waren Eingriffe in Gottesdienste und religiöse Versammlungen zu verzeichnen. Besonders stark sei die Regulierung in Ägypten, China, Indonesien, Iran und Russland.

Gleichzeitig hätten auch die aus gesellschaftlichen Spannungen resultierenden religiös motivierte Anfeindungen zugenommen. Diese richteten sich insbesondere gegen religiöse Minderheiten. Hier verweist der Bericht vor allem auf Ägypten, Bangladesch, Indien, Nigeria und Pakistan, aber auch in europäischen Staaten müssten Verschlechterungen festgestellt werden. Neben Juden und Muslimen seien auch die Zeugen Jehovas stark betroffen.

ORF, 17.6.2026

Nepal

Die christliche Gemeinde Nepals fordert eine Verfassungsänderung, um mehr Religionsfreiheit zu erreichen. Ein entsprechendes Memorandum wurde einer derzeit bestehenden Arbeitsgruppe zur Verfassungsdiskussion übergeben. Darin wurde kritisiert, dass die Interessen der hinduistischen Mehrheit die Religionspolitik des Landes bestimmten, während religiöse Minderheiten zunehmend mit Diskriminierung konfrontiert seien. Als Beispiele wurden die Einhaltung religiöser Feiertage und die Teilnahme von Politikern an religiösen Zeremonien angeführt. Vor allem aber seien Missionierung und Konversion unter Strafe gestellt. In der Verfassung solle zukünftig die „Freiheit, eine Religion anzunehmen“, als Recht verankert werden.

Zur Begründung ihrer Wünsche nach Änderung der Verfassung und des Strafgesetzbuches berief sich die *Nepal Christian Society* auf den Säkularismus, der gewährleiste, „dass der Staat alle Religionen und ihre Anhänger gleich behandelt“, sowie auf internationale Menschenrechtsvereinbarungen.

Vatican News, 29.5.2026

Selbstbestimmung

Deutschland

Freiburg. Eine Demonstration der Pius-Brüder in Freiburg im April stieß auf spürbaren Gegenwind. Die katholischen Traditionalisten hatten in der Osterwoche zu einem „Marsch für das Leben“ aufgerufen. Den „Lebensschützern“ stellten sich etwa 350

Menschen entgegen, die für das Recht auf Selbstbestimmung und gegen die homophoben Positionen der Pius-Brüder eintraten. Dabei waren Parolen wie „Pius-Brüder, rechte Macker, macht Euch jetzt vom Acker!“ oder „Hätt’ Maria abgetrieben, wärt Ihr uns erspart geblieben“ zu hören.

Indymedia, 13.4.2026

Zum Schluss

Deutschland

Das Bundesamt für Verfassungsschutz stellt die Beobachtung der *Scientology Church* ein. Auch einige Landesverfassungssämter sollen diesen Schritt vorbereiten.

Aufgrund totalitärer Positionen wurde die auf den Science-Fiction-Autor zurückgehende Organisation seit 1997, auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln, beobachtet. Umstritten war da-

bei stets, ob es sich bei Scientology um eine Kirche resp. Religion im eigentlichen Sinne handele, eine Berufung auf das Recht auf Religionsfreiheit also zulässig sei. Manche Kritiker vertraten die Auffassung, Scientology nutze den Religionsstatus nur als Deckmantel für ökonomische Interessen. Denn um so richtig in das Glaubenssystem einsteigen zu können, bedurfte es vieler kostenpflichtiger Kurse.

Als Grund für die Beendigung der Ausspähung wird angeführt, das Scientology an Einfluss verloren habe. Es gebe wichtigere Gefahren, auf die das Augenmerk gelegt werden soll. Derzeit verfügt die Organisation in Deutschland über geschätzt 3600 Mitglieder. Allerdings würden „Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, die von diesem Personenpotenzial ausgehen“, weiterhin „bearbeitet“.

Zeit, 15.5.2026

Feedback-Videokonferenz

mit der MIZ-Redaktion

am 21.7.2026, 19.30 Uhr

Seit einiger Zeit lädt die MIZ-Redaktion nach jeder Ausgabe zu einer Videokonferenz ein, auf der über das aktuelle Heft diskutiert werden kann.

Nachdem sich allmählich abzeichnet, wie es mit MIZ im nächsten Jahr weitergehen könnte, gehen wir davon aus, dass es hierüber den größten Diskussionsbedarf gibt. Wir freuen uns über jede Anregung, in welche Richtung wir uns thematisch neu ausrichten sollten, welche Textsorten besonders gut ankommen und wie das Verhältnis von kurzen und langen Beiträgen sein sollte. Aber natürlich kann über jeden beliebigen Artikel gesprochen werden.

Wer teilnehmen möchte, soll sich bitte bei der IBKA-Geschäftsstelle oder der MIZ-Redaktion bis 20.7. anmelden, damit der Zugangslink geschickt werden kann. Die im IBKA üblichen Datenschutzregelungen werden beachtet.

Anmeldung unter: **redaktion@miz-online.de**

Impressum

MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit

Politisches Magazin für Konfessionslose
und AtheistINNeN

ISSN 0170-6748

Redaktion: Christoph Lammers (v.i.S.d.P.), Nicole Thies

Ständige Mitarbeiter:innen: Colin Goldner,
Robert MacDonald

Anschrift der Redaktion: MIZ-Redaktion,
Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg
Fon (06021) 62 62 560, Fax (06021) 62 62 569
redaktion@miz-online.de
www.miz-online.de

Meldungen für die Internationale Rundschau an:
Redaktionsbüro: verlag@alibri.de

Herausgeber: Internationaler Bund der Konfessions-
losen und Atheisten (IBKA e.V.), Limburger Str. 55,
53919 Weilerswist.

Verlag: Alibri Verlag GmbH

Druck: Druckhaus Stil, Stuttgart

Nachdruck und Vervielfältigung: Auch auszug-
sweise nur mit Genehmigung der Redaktion und
vollständiger Angabe von Nr./Jahr und Nennung des
ungekürzten Titels dieser Zeitschrift.

Leser:innenbriefe sollten als solche gekennzeichnet
werden; sie erscheinen außerhalb der Verantwortung
der Redaktion. Kürzungen bleiben vorbehalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion oder des
Herausgebers wieder.

Manuskripte: Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte, Fotos, Illustrationen und Datenträger keine
Haftung. Sie werden nur zurückgeschickt, wenn
Porto beiliegt.

Erscheinungsweise: vierteljährlich, jeweils April,
Juli, Oktober und Januar.

Preis des Einzelheftes: Euro 6,- zuzüglich Porto.

Bezugspreis im Abonnement: Euro 20 (Inland),
Euro 25 (Ausland), jeweils inkl. Porto u. Verpackung.
Ein Abonnement umfasst vier Hefte; nach Ablauf
verlängert es sich automatisch um ein Jahr, wenn
nicht vier Wochen nach Erscheinen der letzten im
Abonnement enthaltenen Nummer schriftlich beim
Alibri Verlag gekündigt wird. Für Mitglieder des
IBKA ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag ent-
halten.

MIZ-Abonnement und Einzelbestellungen an:

Alibri, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg

Bankverbindung: Alibri Verlag GmbH, Sparkasse
Aschaffenburg, DE23 7955 0000 0011 2978 68

Frühere MIZ-Ausgaben

Viele ältere Nummern der MIZ sind noch lie-
ferbar. Ob Sie nun die MIZ kennenlernen wol-
len, ihre Sammlung komplettieren oder ein-
fach mal reinschauen, wie die Zeitschrift vor
zehn oder zwanzig Jahren ausgesehen hat
– Sie können sowohl einzelne Ausgaben als
auch sortierte Pakete nachbestellen.

MIZ 4/25 **Schattenseiten der Wissenschaft**;
außerdem: Tag gegen Islamfeindlichkeit *
Interview mit Carolin Kosuch * Amtseid von
Zoran Mamdani

MIZ 3/25 **Interview mit einer KI**; außer-
dem: Klinikfusion mit Folgen * Kirchliches
Arbeitsrecht * Missionierung im Regenwald

MIZ 2/25 **Moderne Religionspolitik**; außer-
dem: Neutralitätsgesetz in Berlin * Interview
mit Joachim Volz

MIZ 1/25 **Herbst der Moderne**; außerdem:
Religionsunterricht „für alle“? * Ratzingers
Theologie als Anhängsel des Spaghettimonsters

MIZ 4/24 **Ernüchternde Aussichten**; außer-
dem: Evangelikale Mission auf den Schulhöfen
* Vom Ketzer zum Kirchenvater: Paulus

MIZ 3/24 **Dauerthema Religionsunterricht**;
außerdem: Kunstfreiheit * Schwangerschafts-
abbruch * Das Himmlische Jerusalem

MIZ 2/24 **Tempel Wissenschaft**; außer-
dem: Mission Freedom * Die Partei DAVA –
eine Gefahr für unsere Demokratie * Welt-
anschauung und praktische Zugehörigkeit

MIZ 1/24 **Zum 100. Geburtstag von Karl-
heinz Deschner**; außerdem: Kirchliches Ar-
beitsrecht * Extreme Rechte in Israel * Musli-
mische Hochschulgruppen

MIZ 4/23 **Bedrohte Meinungsfreiheit**;
außerdem: Feministische Außenpolitik *
Kirchliche Wohnungsimmobilien * Die Israel-
Debatte nach dem 7. Oktober

MIZ 3/23 **Grundregeln für eine gemein-
same Welt**; außerdem: Bremer Wahlrecht
* Die Pseudowissenschaftlichkeit der Critical
Studies * Apostasy Day

MIZ 2/23 **Über die schwindende Präsenz
von Religionen**; außerdem: Die Türkei
nach der Wahl * Säkularer Humanismus als
Zukunftsbegriff

MIZ 1/23 **Alternative Fakten, exklusives
Wissen**; außerdem: Staatsleistungen * Was
ist säkularer Humanismus? * Atheist Day
2023

Einzelheft Euro 6,- (ab 2/24)

Probepaket (drei neuere Hefte) Euro 5,-

Schnuppern in den 90ern (10 Hefte) Euro 5,-

Schnuppern in den 80ern (10 Hefte) Euro 5,-

Schnuppern in den 70ern (10 Hefte) Euro 5,-



Udo Endruscheit

Vom Zweifel zur Haltung

Eine Reise durch die Geschichte
der Erkenntnis

191 Seiten, kartoniert, Euro 16.-

ISBN 978-3-86569-454-6

Dieses Buch rekonstruiert die Entwicklung des Wahrheitsbegriffs von der antiken Philosophie über die Aufklärung bis zu den postmodernen Infragestellungen des 20. Jahrhunderts. Es zeigt, wie diese Denkbewegungen bis heute in unsere öffentlichen Debatten hineinwirken: in der Gleichsetzung von Meinung und Wissen, der Berufung auf persönliche Erfahrung statt auf überprüfbare Begründung und der moralischen Aufladung von Diskursen.

Wahrheit ist kein abstrakter Begriff, sondern eine kulturelle Praxis – und sie hat eine Geschichte. Wer heute über Wissenschaft, Öffentlichkeit oder Wirklichkeit spricht, muss diese Geschichte kennen, um die Dynamiken unserer öffentlichen Debatten zu verstehen. Dieses Buch legt die verschütteten Zusammenhänge frei und bietet Orientierung in einer Zeit, in der Wahrheit zugleich bestritten, relativiert und dringend gebraucht wird.

Alibri

Forum für Utopie und Skepsis • www.alibri.de
Postfach 100 361 • 63703 Aschaffenburg
Fon (06021) 62 62 560 • eMail verlag@alibri.de



Udo Endruscheit

Vom Zweifel zur Haltung

Eine Reise durch die Geschichte
der Erkenntnis

191 Seiten, kartoniert, Euro 16.-

ISBN 978-3-86569-454-6

Dieses Buch rekonstruiert die Entwicklung des Wahrheitsbegriffs von der antiken Philosophie über die Aufklärung bis zu den postmodernen Infragestellungen des 20. Jahrhunderts. Es zeigt, wie diese Denkbewegungen bis heute in unsere öffentlichen Debatten hineinwirken: in der Gleichsetzung von Meinung und Wissen, der Berufung auf persönliche Erfahrung statt auf überprüfbare Begründung und der moralischen Aufladung von Diskursen.

Mit freundlicher Empfehlung

Bund für Geistesfreiheit
Augsburg



Aktion:

Der bfg Augsburg übernimmt die Kirchengemeindegeld für Schüler, Studenten und Geringverdiener in Bayern. - info@bfg-augsburg.org

Alibri

Forum für Utopie und Skepsis • www.alibri.de
Postfach 100 361 • 63703 Aschaffenburg
Fon (06021) 62 62 560 • [eMail verlag@alibri.de](mailto:verlag@alibri.de)